

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906**

139 (26.4.1906) Badischer Landtag. Zweite Kammer. 61. öffentliche  
Sitzung

## Beilage zur Karlsruher Zeitung Nr. 139.

Karlsruhe, 26. April 1906.

## Badischer Landtag.

## ==== Zweite Kammer. ====

## 61. öffentliche Sitzung

am Dienstag den 24. April 1906.

## Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Groß- Ministeriums des Innern für die Jahre 1906 und 1907, Ausgabe Titel XVI und Einnahme Titel VII (Für Förderung der Landwirtschaft) — Druckfache Nr. 11 c — und (zu § 24 der Ausgabe, Ordentlicher Etat) über die Bitte der Pferdezüchtgenossenschaft Seddenheim um staatliche Unterstützung. Berichterstatter: Abg. Schüler.

Am Regierungstisch: Minister des Innern Dr. Schenk, Geh. Oberregierungsrat Nebe, die Oberregierungsräte Märklin und Hafner, der Referent für Pferdezüchtangelegenheiten Graf von Bismarck.

Präsident Dr. Wilkens eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 25 Minuten.

Der Präsident teilt vor Eintritt in die Tagesordnung mit, daß von der Schulkommission die Eingabe des Wilhelm Mänecke aus Halle, das Verbot jeglicher Körperstrafe in öffentlichen Schulen betreffend, einstimmig für nicht geeignet zur Verhandlung erklärt wurde.

Der Präsident erteilt diesem Antrag seine Zustimmung.

Das Haus tritt hierauf in die Tagesordnung ein.

Zunächst erhält das Wort

Abg. Morgenthaler (Zentr.): Die Landwirtschaft ist ein Faktor im Staatsleben, mit dem gerechnet werden muß, der noch ein großes Gebiet vor sich hat, und der auf diesem Gebiet neben der Selbsthilfe auch der Hilfe der Regierung bedarf. Ich bin nun mit meinem Kollegen Weßhaupt der gleichen Ansicht: ich huldige auch dem Prinzip, daß der Bauernstand nicht alles vom Staat verlangen, sondern auch sehr vieles durch Selbsthilfe erstreben soll und auch erstrebt! Denn das muß man zum Lob der Landwirtschaft sagen, daß, namentlich in neuerer Zeit, was den rationalen Betrieb betrifft, alles Mögliche getan wird: ich erinnere nur an die Bestrebungen hinsichtlich des Saatwechsels, hinsichtlich des Anbaues der bestbemährten, ertragsfähigen Produkte, hinsichtlich der Hebung und Vermehrung des Viehstandes, der Trainierung

und Verbesserung von Wiesen und Feld; ich erinnere an die Pflege des Obstbaues, an die Bienezucht usw.; ich erinnere dann noch an das, was im Genossenschaftswesen alles erstrebt wird, wo man gemeinsam miteinander vorgeht.

Ich muß mich aber gegen die Ausführungen des Herrn Abg. Kolb energisch verwahren, als ob die Landwirtschaft rückständig sei, als ob sie die Fortschritte unserer Zeit sich nicht auch zu Nutzen mache. Die Landwirtschaft denkt logisch und handelt auch konsequent (Beifallsrufe und Lachen). Sie muß sich nach ihren Verhältnissen richten. Wir in unseren kleinen badischen Betrieben können uns die Einrichtungen, die vielleicht auf den großen Hofgütern angehen, nicht zumute machen; wir können z. B. keine Dampfpflüge in unsere Felder hinausstellen. Was dagegen in kleineren landwirtschaftlichen Betrieben nötig ist, das wird auch bei uns angeschafft. Kommen Sie nur hinaus auf die Ortschaften, wo kleine landwirtschaftliche Betriebe sind. Sehen Sie die verschiedenartigsten Maschinen, die da im Betriebe sind: von der Futterfäehneidmaschine bis zur Mähmaschine und Dreschmaschine; man wendet alles, was in den Kleinbäuerlichen Betrieb paßt, gerne an.

Ich kann mir nicht erklären, wie der Herr Abg. Kolb so wegwerfend von dem Adel sprechen konnte (Zurufe, Seiterkeit), als ob er ein Bedrücker der Landwirtschaft wäre. Die Landwirtschaft sieht mit offenen Augen, sie will Taten sehen, sie läßt sich nicht mit leeren Worten abspeisen. Sie sieht, daß die beiden Männer aus dem Adel, die wir in unserer Kammer haben, mitten im landwirtschaftlichen Betrieb stehen; sie haben selbst landwirtschaftliche Betriebe; sie wissen, wie weit die Landwirtschaft sich rentiert; sie fühlen mit dem Volk, sie sind in Berührung mit dem Volk. Da wäre der Bauersmann ja töricht, wenn er solche Männer nicht auch als Vertreter des Volkes wählen würde. Ueberhaupt, wie kommt der Herr Abg. Kolb dazu, zu sagen: die Bauern sollen Sozialdemokraten als ihre Vertreter wählen? Ich glaube, es liegt kein Grund vor für den Bauernstand, Sozialdemokraten als ihre Vertreter in die Kammer zu wählen. Denn im Prinzip sind die Sozialdemokraten Gegner der Landwirtschaft; sie wünschen den Niedergang der Landwirtschaft. Das haben sie auf ihren Parteitag ausgesprochen, schon auf dem Parteitag in Erfurt im Jahre 1891, wo sie festlegten, wie sie sich zur Landwirtschaft stellen. Sie haben

gesagt: Wir sind einstimmig zur Ansicht gekommen, daß der Bauer ein konservatives Element ist; so lange es dem Bauer noch einigermaßen anständig geht, hängt er an seiner Regierung und Kirche und wird nicht Sozialdemokrat. Deshalb muß das Bestreben der Sozialdemokratie dahin gehen, den Ruin des Bauernstandes herbeizuführen, erst dann wird der Bauer Sozialdemokrat! Und vor nicht langer Zeit hat man gelesen, daß ein Führer der Sozialdemokratie in einer Versammlung offen ausgesprochen hat: Jeder echte Sozialdemokrat kann nur wünschen, daß der Bauer auf seiner Scholle sterbe und verderbe; man kann ihm höchstens noch eine Gnadenfrist gewähren, damit er seine Affenliebe zum Privateigentum ablege. Wenn der Bauernstand dazu kommen wollte, solche Vertreter in den Landtag zu wählen, so würde das Sprichwort zutreffen, das man des öfteren zu hören bekommt: „Nur die allergrößten Kälber wählen ihre Metzger selber“ (Seiterkeit).

Der Herr Abg. Kolb hat noch von der Liebe der Sozialdemokraten zum Bauernstand gesprochen, daß die Sozialdemokratie das Budget genehmige, er hat aber im gleichen Atemzug es als Ungerechtigkeit bezeichnet, daß das Betriebskapital der Landwirtschaft nicht zur Steuer herangezogen wird. Der gesunde Sinn der Großh. Regierung und der Volksvertretung hat bisher davon abgesehen und zwar aus dem Grunde, weil die Landwirtschaft sich nicht so rentiert wie Gewerbe und Industrie. Diese können mit sicheren Verhältnissen rechnen, wenn sie sich auch einmal um ein Prozent verrechnen, so wissen sie doch, so und so viel kann herauskommen. Dagegen der landwirtschaftliche Betrieb hängt sozusagen in der Luft, er ist den elementaren Verhältnissen unterworfen. Jeder hatte im vorigen Jahre Gelegenheit, das zu sehen, wenn er es nur sehen wollte, wie z. B. der Hagelschlag ganze Landstriche verheerte und die Ernte vernichtete. Wenn man sich da in die Lage der Landwirte versetzt, muß man sich nur wundern, daß sie gleich wieder Mut fassen und am nächsten Tage schon wieder den Pflug ansetzen und die neue Saat der Mutter Erde übergeben.

Man spricht so viel davon, daß wir zum Industriestaat übergehen. Aber wir brauchen die Landwirtschaft noch sehr nötig, denn sie vermehrt das Nationalvermögen, und schafft neue Produkte; der Landwirt ist es, der durch seinen Fleiß und seine Mühe unter Gottes Segen immer neue Produkte hervorbringt, er ist auch der Jungbrunnen, wie man sich schon ausgedrückt hat, für alle anderen Stände. Der Lehrstand ergänzt sich und der Wehrstand nimmt seine meisten Leute aus dem Bauernstand. Deshalb hat der Bauernstand auch das Recht, auch die Gesetzgebung in Einklang zu bringen mit seinen Bedürfnissen. Das ist das Ziel, um das wir kämpfen.

Ich werde mir nun erlauben, in einigen Punkten Beschwerden, Bedürfnisse hervorzuheben, wo die Großh. Regierung zur Abhilfe beitragen kann. In erster Reihe nenne ich unsere forst- und landwirtschaftliche Unfallversicherung. Das ist ein Gesetz, man kann es wohl sagen, das zu den bestgehabten gehört. Die Landwirtschaft hat nach dieser Einrichtung gar nicht verlangt, sie ist ihr vom Reich bescheert worden; aber nachdem sie sich einmal eingelebt hat, belastet sie uns immer mehr, die Beiträge werden von Jahr zu Jahr höher, eine Schraube ohne Ende, man weiß nicht, wie das noch enden soll. Auf dem letzten Landtag ist diese Frage auch angeschnitten und hauptsächlich Klage geführt worden über den Mißbrauch im Rentenbezug. Der Vertreter der Großh. Regierung, Herr Geh. Rat Dr. Krens, hat damals ausgesprochen, daß die Großh. Regierung glaube, ihr Möglichstes getan zu haben durch Aufstellung von Vertrauensmännern auf dem Lande und die Kontrolle der Herren Bezirksärzte. Dem wurde damals schon entgegengehalten, daß das Amt eines Ver-

trauensmannes in einer Landgemeinde kein beneidenswertes ist, namentlich, wenn er der Sache genau auf den Grund gehen und überall nachsehen will, ob der eine, dem 70 Proz. abgezogen wurden, nicht etwa wieder 10 Proz. mehr leisten könne. Wenn da herauskäme, daß die Rente durch die Mitteilung des Vertrauensmannes gekürzt worden ist, würde letzterer in einem schlimmen Licht dastehen. Ebenso ist es mit den Ärzten und deren Kontrolle, wenn sie daneben noch Privatpraxis betreiben. Wenn da bekannt würde, daß der Arzt die Veranlassung gewesen ist, daß die Rente gekürzt wird, so würde es heißen: „Den Arzt hole ich nicht mehr, der braucht mir nicht mehr ins Haus zu kommen.“ Nun ist in bürgerlichen Kreisen wiederholt davon gesprochen worden, ob es nicht möglich wäre, diese Kontrolle durch solche Ärzte ausüben zu lassen, die durch ihre Praxis nicht behindert sind. Es müßte eine solche Einrichtung getroffen werden, daß besondere Arztstellen hierfür geschaffen werden, sei es, daß man sie dem Bezirksarzt überträgt oder Spezialärzten, denen man zwei oder drei Bezirke zuteilt und die man entsprechend honoriert, damit sie keine Privatpraxis brauchen. Ich möchte der Großh. Regierung sehr anheimgeben, diese Frage zu prüfen und, wenn möglich, eine solche Einrichtung zu treffen.

Bei dieser Sache ist noch ein zweiter Mißstand, das habe ich auch schon im letzten Landtag gesagt, daß wir zu wenig Klassen haben. Wir hatten vorher 5 Klassen, dann sind 6 gemacht worden, aber wir sollten mindestens 10 haben. Denn es ist für die Schätzungskommission in der Gemeinde — es sind jedenfalls auch Herren hier, die Schätzungskommissionen angehören — oft sehr schwierig, einen Betrieb in die richtige Klasse einzuteilen. Es kommt vor, daß zwei Betriebe sich annähernd gleich sind, der eine hat aber vielleicht noch einen kleinen Nebenbetrieb, indem er etwa ein bisschen Fuhrwerk hat. Läßt man sie nun in der gleichen Klasse, so sagt der andere: „Das ist doch nicht recht, denn der treibt mehr als ich.“ Nimmt man ihn aber in eine höhere Klasse, so macht es gleich 2 oder 3 M. aus; das ist auch wieder oft ungerecht. Es wäre besser, wir hätten zehn Klassen, um die Sache besser und gerechter verteilen zu können. Ich möchte der Großh. Regierung auch diese Frage sehr zur Prüfung empfehlen und bitten, womöglich diese Aenderung zu treffen.

Nun ist auf dem letzten Landtag auch angeregt worden, ob nicht die Großh. Regierung die Entschädigung für an Tuberkulose erkrankte und eingegangene Tiere übernehmen wolle. In dieser Frage hat der Vertreter der Großh. Regierung damals erklärt: Die Frage der Entschädigung für an Tuberkulose erkrankte Tiere wird zur Zeit im Schoße der Reichsregierung einer Erwägung unterzogen. Ich wäre der Großh. Regierung sehr dankbar, wenn sie uns Mitteilung machen würde, wie weit diese Beratungen schon gediehen sind, und wie nahe man der Sache gekommen ist. Ich erlaube mir aber heute, noch einen Schritt weiter zu gehen, um den Wünschen in bäuerlichen Kreisen, die mir aus verschiedenen Gegenden des Landes schon nahe gelegt worden sind, Ausdruck zu geben, die dahin gehen, zu erwägen, ob es nicht möglich wäre, bei allen Notfahrlässigkeiten, bei denen das Tier verlost werden muß, die Entschädigung durch die Großh. Regierung zu leisten. Die Verlochung der Tiere bildet zurzeit immer ein großes Hindernis in der örtlichen und Landesversicherung, und man würde hier eine große Last der Landwirtschaft abnehmen können.

Weil ich doch an der Viehhaltung bin, so erlaube ich mir auch noch eine Anfrage an die Großh. Regierung zu richten. Man ist vielfach draußen in den Kreisen und in den Gemeinden der Ansicht, daß die Gemeinde, wenn sie einen Farnen ankauft, dann den Bezirksstierarzt

beziehen muß. Man munkelt von irgendwelchem Erlaß, den die Regierung herausgegeben haben soll. Jede Gemeinde sieht darauf, richtiges Farrenmaterial zu beschaffen; daß aber die Gemeinden, wie der Herr Kollege Weißhaupt gestern schon ausgeführt hat, auch da, wo nicht vorwiegend nur Zuchtmaterial gehalten wird, immer nur Originalfarren anschaffen, das kann ihnen nicht zugemutet werden. Mir ist nun in den letzten Tagen ein Beispiel vorgekommen, das mich fast zu der Ansicht veranlaßt, als ob die Regierung wirklich den Beizug des Tierarztes verlangt. In Achern hat sich eine Bruchsaler Gemeinde beim dortigen Bezirkstierarzt nach zuchtauglichen Farren erkundigt. Dieser hat ihr nun einen Farren namhaft gemacht und die Gemeinde hat letzteren unter den üblichen Bedingungen gekauft, so auch, daß er die Impfung bestehen müsse. Der Verkäufer ist darauf eingegangen und hat mit dem Achener Bezirkstierarzt wegen der Impfung gesprochen. Der Bezirkstierarzt von Bruchsal kam aber nun und impfte den Farren. — Ich habe das alles nur von dritter Seite. — Er soll hierüber gefragt worden sein und sich hierauf geäußert haben, er dulde unter keinen Umständen, daß ein Farren in seinem Bezirk eingeführt wird, den er nicht vorher gesehen habe. Ich glaube, die hohe Regierung würde da gleichsam einen Alp von der Bevölkerung wegnehmen, wenn sie erklären würde, wie sie sich dazu stellt, ob sie verlangt, daß der Bezirkstierarzt als Ratgeber mitgehen soll, oder ob er bestimmen kann, was eingeführt werden soll und darf. Darüber ist man sich im Lande draußen noch nicht im klaren.

Ich komme zur Reb- und Weinfrage. Dieselbe ist eine sehr schwierige. Auch in meinem Wahlbezirk wird Weinbau in sehr großem Maßstabe getrieben und von den besseren Weinen kann ich namentlich an den Durbacher erinnern, der leider nicht den nötigen Absatz findet. Der Herr Kollege von Gleichenstein hat die Weinfrage ausgiebig behandelt, er hat die Beschwerden dargelegt, die beim Weinbau bestehen, und er hat vor allem auch die hohe Regierung auf die Mittel aufmerksam gemacht, die bezüglich der Kontrolle nötig sind. Ich will mich also speziell mit dieser Frage nicht eingehend beschäftigen, dagegen ist mir gerade aus meinem Wahlkreis nahegelegt worden, zu erwähnen, daß man sich da, wo sich der Reb- und Weinbau so schlecht rentiert, mit dem Gedanken trage, die Reben auszuhacken und den Boden mit anderen Produkten zu bebauen. Man sieht aber auch die Schwierigkeiten, die damit verbunden sind; denn in der Regel sind die Rebgelände nur parzellierte Grundstücke, die oft gar keinen fahrbaren Weg haben; würde man zur Bebauung mit anderen Produkten schreiten, so sieht man voraus, daß eine Zusammenlegung, oder wie man sich sonst ausdrückt, eine Feldbereinigung notwendig sein würde, und das wäre für diese Ortschaften mit hohen Kosten verbunden. Ich wurde befragt, ob es möglich wäre, unter solchen Umständen auch von der Großh. Regierung eine Unterstützung zu bekommen, wenn der Reb- und Weinbau sich nicht mehr lohnen sollte, und wenn andere Produkte angepflanzt würden. Ich wäre der Großh. Regierung sehr dankbar, wenn sie auch in dieser Beziehung eine bejahende Antwort geben könnte.

In der nächsten Verwandtschaft mit dem Reb- und Weinbau steht auch unser Schwarzwälder Kirschwasser, unser gutes Kirschwasser; man trinkt ja in der ganzen Welt Schwarzwälder Kirschwasser, und wie wenig davon hat den Schwarzwald gesehen oder stammt wirklich daher. Auch auf dem letzten Landtag ist die Frage der Verfälschung des Kirschwassers angeregt worden, ich selbst habe darüber gesprochen, und auch der Vertreter der Großh. Regierung hat die Verfälschung zugegeben und folgende Erklärung abgegeben:

„Was die beklagte Fälschung von Kirschwasser anbelangt, so kann hiergegen auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes vorgegangen werden. Uebrigens hat sich gelegentlich der Weinkellerkontrolle in einzelnen mit Kirschwasser handelnden Geschäften dringender Verdacht auf bezügliche Fälschung ergeben und hat man Anlaß genommen, der Staatsanwaltschaft hiervon Kenntnis zu geben.“

Die Erklärung des Regierungsvertreters wurde mit Dank anerkannt, weil man daraus ersah, daß die Großh. Regierung ernstlich darauf bedacht ist, der Fälschung auf den Grund zu gehen, sie abzustellen. Nur ist in dieser Beziehung noch nichts bekannt geworden. Ich wäre auch da der Großh. Regierung sehr dankbar, wenn sie in der Lage wäre, sich zu äußern, welche Schritte sie schon getan hat bezüglich der Hintertreibung der Fälschung des Kirschwassers, welche Resultate dabei schon herausgekommen sind.

Der Abg. Frhr. v. Gleichenstein hatte gestern gesagt, es würde von großem Vorteil sein, wenn die Untersuchungen der Weinproben der Öffentlichkeit übergeben würden. Ich glaube, auch in dieser Beziehung würde es gut sein, wenn die hohe Regierung erklären würde, daß das Gleiche auch bezüglich unseres Kirschwassers der Fall wäre. Ich will nur kurz erwähnen, daß ich vor 2 Jahren darauf hingewiesen habe, mit welchen Kosten die Sammlung, die Beibringung der Kirsch verbunden ist, wieviel Arbeitskraft das erfordert, welche hohe Brennsteuer auf dem Kirschwasser ruht usw., sodas der Bauersmann, der selbst Kirschwasser produziert, doch einen hohen Prozentsatz seines Gewinnes davon zum Vorne ausgeben muß. Man wird sich freuen, in den ländlichen Kreisen zu hören, daß die Großh. Regierung auch dieses edle Produkt in Schutz genommen hat.

Nun habe ich auch im letzten Landtage die Hanffrage angeregt. Der Hanfbau, der ja früher im Lande Baden so sehr in Flor stand, mit dem sich ja ganze Gegenden, namentlich die Ortenau, lediglich beschäftigt haben, hat, wie ich auch damals anhanden der Statistik nachgewiesen habe, ganz erheblich nachgelassen. Während z. B. im Jahre 1836 im Amt Kehl allein für 1 Million Gulden Hanf gebaut wurde, ist der Hanfbau jetzt bereits ganz verschwunden. Es sind vonseiten unserer Großh. Regierung hier ja Schritte getan worden, um die Marine auf unseren Hanf aufmerksam zu machen. Es sind auch Versuche gemacht worden. Schon vor 2 Jahren hat die Großh. Regierung sich dahin ausgesprochen, daß die Sache im Gang sei, nur sei die Beibringung des Hanfes noch mit Schwierigkeiten oder mit Kosten verbunden, weil man den Zwischenhandel dazu brauche. Es hat mich dann nachher sehr gefreut, als ich später gehört habe, daß gerade die Hanfbau treibenden Gemeinden, z. B. die Gemeinde Urloffen Anfragen vonseiten der Großh. Regierung bekommen haben, wie der Hanfbau getrieben wird und ob sie waggonweise liefern könne. Nach den Erfahrungen, die ich nun gesammelt habe, hat sich die Sache zerklüftet, sie ist nicht ins richtige Gleis gekommen. Es wurde mir aber mitgeteilt, man habe namentlich im letzten Jahre schon wieder mehr Hanf gebaut, und es sei auch ein besserer Preis bezahlt worden, sodas es also dadurch möglich wäre, waggonweise beziehen zu können. Die Gemeinde Urloffen ist auch in der Lage, dieses Produkt zu sammeln. Sie hat ein Lagerhaus oder, wie man sich früher ausgedrückt hatte, eine sogenannte Fackammer. Da können hunderte von Zentnern aufgespeichert werden, sodas die Leute, wenn sie ihren Hanf fertig haben, ihn dort seitens der Gemeinde aufbewahrt bekommen, und es könnte der Verkauf waggonweise ohne Zwischenhandel weiter durch Weisung der Großh. Regierung von der Gemeinde bewerkstelligt werden. Ich erlaube mir, diese Sache der hohen Regierung in Erinnerung

zu bringen und sie zu bitten, dieser Frage etwas näher zu treten, damit der Hansbau wieder einigermaßen auch bei uns in Aufschwung kommen könnte. Denn man hat sich in Hansbau treibenden Gegenden dahin ausgesprochen, man würde es sehr begrüßen, wenn der Hansbau wieder in Fluß kommen könnte, damit man nicht allein auf den Tabakbau angewiesen wäre.

Nun sind im Lande draußen immer noch in solchen Gegenden, wo die Manöver abgehalten werden, die Klagen über die lange, verspätete Abschätzung der Manöver Schäden vorhanden, einmal weil dadurch der landwirtschaftliche Betrieb etwas gehindert wird; denn wenn die Flurschadenabschätzung so lange hinausgeschoben wird, so wird dadurch die Abarbeitung und die Feldbestellung gleichfalls hintangehalten. Auf der anderen Seite kommt der Umstand hinzu, daß, wenn in späterer Zeit, erst nach Wochen die Abschätzung vorgenommen wird, man dann die Schäden auch nicht mehr recht erkennen kann. Es besteht ja wohl die örtliche Abschätzungskommission. Aber diese ist auch sehr gebunden, damit sie nicht zu weit geht; sie kann überhaupt nur mit Vorsicht, gleichsam nur mit Genehmigung der Hauptkommission arbeiten. Ich möchte da auch die Grobreg. Regierung bitten, dahin zu wirken, daß mehr Kommissionen eingesetzt werden. Ich bin — ich glaube, es war im Jahre 1902, als bei uns Manöver war — auch zur Abschätzung beigezogen worden. Es war schon in der zweiten Hälfte des Oktober. Wir haben damals zwei Kommissionen gebildet und sind so in drei Tagen fertig geworden, während man sonst über eine Woche in einer Gemarkung hingehalten ist. Man wird es freudig begrüßen, wenn die Abschätzung rascher vor sich geht, wenn sie dann vorgenommen wird, wenn der Schaden noch voll und ganz zu sehen ist.

Nun wären noch viele Wünsche in der Landwirtschaft, auf die ich nicht näher eingehen will. Ich will mir noch ganz kurz an die Zigeunerplage erinnern. Ich habe es sehr begrüßt, als von seiten der Regierungsbank erklärt wurde, daß man den Zigeunern am besten auf den Leib gehen könne, wenn man die Zwangserziehung der Kinder veranlaßt und daß man, wenn Klagen gegen dieselben vorliegen, sei es wegen Bettelns oder wegen Diebstahls, oder derartiger Fälle, sie dann auch gehörig bestraft. Ich habe das begrüßt und bin der hohen Regierung dankbar, wenn in dieser Beziehung vorgegangen wird. Ich möchte nur wünschen, daß, wenn man auf eine andere Art die Leute nicht ihrer Heimat übermitteln und sie nicht ausweisen kann, doch auf diese Art diese Landplage und Belastung der bäuerlichen Kreise einschränkt.

Und dann, noch eines, und das ist das Automobilwesen, wenn ich mich so ausdrücken darf. (Lolche des Präsidenten.)

Präsident Dr. Wilkens: Ich muß aber doch dringend bitten, daß der Herr Redner sich jetzt an das Landwirtschaftsbudget hält. Die Zigeuner und die Automobile sind bereits bei anderen Anlässen in diesem hohen Hause Gegenstand eingehender Erörterung gewesen, und ich vermag nicht zu erkennen, inwiefern diese Dinge mit dem heute zur Beratung stehenden Teile des Budgets zusammenhängen sollen.

Abg. Morgenthaler (fortfahrend): Ich werde mir nur ganz kurz erlauben, auf eines aufmerksam zu machen. Die landwirtschaftlichen Betriebe werden vielfach durch das Automobilwesen gestört; denn wie oft kommt es vor, daß durch das übermäßig schnelle Fahren sich Unglücksfälle ergeben, wenn die Automobile in so rasendem Tempo auf offener Straße dahinfahren, sodas die ländlichen Fuhrwerke, namentlich wenn sie mit Rind-

vieh bespannt sind, kaum mehr ausweichen können. Ich möchte anregen, ob man nicht diesen Automobilen mehr Vorschriften machen könnte, daß sie da, wo sie einem Fuhrwerk begegnen oder in den Ortschaften wenigstens langsamer zu fahren haben.

Nun bin ich am Schluß meiner Ausführungen und habe so manche Wünsche der Grobreg. Regierung nahegelegt. Nicht im Sinne eines Vorwurfs, durchaus nicht; ich habe das Vertrauen zur Grobreg. Regierung und es muß auch anerkannt werden, daß sie Entgegenkommen für die Landwirtschaft gezeigt hat. Ich glaube, daß diese Anregungen, die ich vorgetragen habe, von ihr auch geprüft werden und ich gebe mich der zuberfühllichen Hoffnung hin, die auch der Herr Präsident gestern ausgesprochen hat, daß unsere Verhandlungen hier zum Wohle des Landes ausschlagen und auch der Landwirtschaft den notwendigen Schutz bringen werden (Beifall).

Abg. Frhr. v. Menzingen (Ztr.): Im „Heidelberger Tageblatt“ habe ich vor einiger Zeit einen agrarischen Artikel gelesen, worin ausgeführt wird, daß das Rückgrat der Landwirtschaft nach wie vor der Getreidebau bleiben müsse. Das hat mir die Idee gegeben, hier über den Getreidebau einige Worte zu sagen. Der Getreidebau hat insbesondere auch eine volkswirtschaftliche und allgemein politische Wirkung insofern, als ja Fälle eintreten können, wo durch Krieg usw. die Verbindungen mit dem Ausland gehindert werden und man dann nicht so die Volksernährung vollziehen könnte, wie es nötig wäre. Ich berufe mich hier auf ein Wort des früheren Ministers Buchenberger in seinem bahnbrechenden Werke über Agrarpolitik, wo er gesagt hat: „Aber auch die Sicherheit des Vaterlandes erheischt, daß der Getreidebau geschützt werde. Wie wäre es möglich in Kriegszeiten, wenn die Grenzen gesperrt sind, Heer und Volk zu ernähren, wenn die Brotfrucht im Vaterland nicht mehr gebaut wird? Die Aufrechterhaltung der Getreideproduktion ist für jeden Staat eine nationalpolitische Forderung ersten Ranges. Man kann sich keine größere Abhängigkeit denken, als diejenige, die in der Abhängigkeit der Versorgung des inländischen Marktes mit Getreide und Mehl von fremden Staaten besteht.“

Nun, um ein Urteil zu gewinnen über die Wichtigkeit des Getreidebaues im Lande, müssen wir zur Statistik greifen, und einige Feststellungen in Zahlen machen. Zunächst muß ich leider sagen, daß in den letzten Jahrzehnten der Getreidebau zurückgegangen ist ebenso wie der Weinbau und der Bau der Handelsgewächse, daß dagegen der Futterbau etwas zugenommen hat und zwar in folgender Weise:

In den Jahren 1871–80 wurde mit Getreide, das heißt mit Korn und Hülsenfrüchten, angebaut eine Fläche von 320 160 Hektar. In den Jahren 1891 bis 1900 305 800 Hektar, 1900 bis 1904 waren es 297 670 Hektar.

Der Karloffelbau ist gestiegen von 86 620 bis 87 774 Hektar im gleichen Zeitraum, die Futterfrüchte von 302 410 bis 340 490 ha.; die Handelsgewächse sind heruntergegangen von 21 540 auf 14 160 ha.; der Weinbau von 21 470 auf 19 280. Nachdem wir diese Feststellung gemacht haben, müssen wir den Ertrag und das Wertergebnis ins Auge fassen.

Was den Getreidebau angeht, so waren im Jahre 1904 nach dem statistischen Jahrbuch mit Winterroggen 36 000 Hektar bestellt. Diese erbrachten ca. 548 000 Doppelzentner. Ich will Ihnen die einzelnen Zahlen nicht geben, sondern nur die Gesamtsumme in Getreide feststellen. Es wurden 284 990 ha. mit Getreide bebaut. Diese erbrachten 4465 980 Doppelzentner. Wenn

man den Doppelzentner gering ansetzt mit 15 Mark, so beträgt das Erträgnis der Getreideernte 66 989 700 Mk. Kartoffel, Kunkelrüben und Hopfen zusammen erbrachten einen Ertrag von nur 40 Millionen. Im Weinbau wurde angebaut eine Fläche von ca. 17 000 Hektar mit einem Erträgnis von 29 Hektoliter pro ha., also 690 420 Hektoliter à 30 Mark, das macht 20 712 600 Mark. Wenn der Wein, Hopfen, Kunkelrüben-, Tabak- und Kartoffelbau zusammengezählt wird, so erreichen wir noch nicht den Ertrag der Getreideernte. Damit glaube ich dargetan zu haben, daß heute noch der Getreidebau das Rückgrat der Landwirtschaft ist, und daß es sich daher sehr empfiehlt, namentlich nachdem der Tabakbau nicht mehr so rentabel ist, daß man immer mehr zum Getreidebau zurückkommt.

Nun haben sich seit langer Zeit Schwierigkeiten ergeben hinsichtlich des Absatzes des Getreides. In neuerer Zeit ist es etwas besser geworden, namentlich in den letzten Jahren, wo bereits seitens der Getreidehändler und Müller Vorbereitungen gemacht worden sind, um gerüstet zu sein für den Eintritt des Zolltarifs; aber im allgemeinen sollte doch nach Ansicht der maßgebenden Kreise, insbesondere auch der Regierung, der Getreideverkauf organisiert werden, und zwar genossenschaftlich, und man war da insofern auf diesen Weg angewiesen, als anderwärts dies schon auf diese Art in die Wege geleitet war. Insbesondere in Bayern hatten sich schon Genossenschaften gebildet für den Getreideabsatz. Man hat nun gesucht, in Baden das gleichfalls einzurichten, und ist dazu gekommen, die Getreideabsatzgenossenschaft in die Hände der Konsumvereine zu legen. Ob das nützlich war oder nicht, darüber werde ich einige Worte sagen. Zunächst will ich aber bemerken, daß wir uns die Sache damals nicht so gedacht haben, als ich die Ehre hatte, in Begleitung eines Herrn von der Regierung ein Lagerhaus in Bayern zu inspizieren, an dessen musterhafter Leitung wir unsere Freude hatten. Dieses war lediglich auf Selbsthilfe gegründet. Bei uns zu Lande haben wir es noch nicht erlebt, daß ein Getreidelagerhaus auf seine Kosten gekommen wäre. Wir haben immer nur gesehen, daß die Getreidehäuser nicht auf eigenen Füßen stehen können, sondern daß ein Zuschuß der Regierung gegeben werden muß aus den Mitteln, welche die Regierung und der Landtag zur Verfügung stellt. Ob nun in unserem Lande die Getreideabsatzgenossenschaften, in Verbindung mit den Konsumvereinen eine Zukunft haben oder nicht, das lasse ich in diesem Augenblick dahingestellt sein. Mir scheint es immerhin zweifelhaft nach der Art und Weise, wie die Führung dieser Dinge bei uns gemacht wird.

Ich habe die Aufgabe, lebhaftest Klagen hier vorzutragen, daß gerade die Gelder, welche der Landtag und die Regierung zur Verfügung stellt für das genossenschaftliche Wesen und auch für diese Absatzgenossenschaften im Getreide, in durchaus einseitiger und nicht zu rechtfertigender Weise in Anwendung gebracht werden.

Die Lagerhäuser haben ein Zentralbureau in Mannheim errichtet, wohin sie ihre Waren abliefern; dort ist ein Getreidefilio; das Alles wurde angekauft und eingerichtet mit den Zuschüssen der budgetmäßigen Summen. Indessen, wer dahin sich wendet, der muß Mitglied der Konsumvereine sein, sonst bekommt er keine Antwort. Das ist z. B. dem Bauernvereins-Vorstand in Steißlingen passiert, welcher sich an das Getreidebureau in Mannheim gewandt hat, um den Kleesamen der Mitglieder des Vereins dort loszuwerden; er hat keine Antwort bekommen, währenddem der Vorstand des Konsumvereins Steißlingen, der sich mit derselben Anfrage nach Mannheim gewandt hat, sofort dahin beschieden worden ist, daß man seinen Kleesamen verkauft habe. Das ist nur

ein Beispiel von hunderten. Wir vom Bauernverein insbesondere beklagen uns darüber, daß uns seitens der Konsumvereine eine illoyale Konkurrenz gemacht wird sowohl bei der Verwaltung der Getreide-Absatzgenossenschaften wie überhaupt. Wir sind aber der Ansicht, daß unser Verein, welcher heute nahezu 60 000 Mitglieder zählt, mit demselben Recht und nach denselben Grundätzen behandelt werden soll wie alle anderen auch, daß wir dieselben Ansprüche haben auf jene Unterstützungen, welche aus der Staatskasse den Genossenschaften zufließen. Wir sind erstaunt darüber, daß die Propaganda für die Konsumvereine offenbar aus jenen Mitteln gemacht wird, welche die Regierung zur Verfügung stellt. Ich beschuldige nicht die Regierung, durchaus nicht, sondern ich beschuldige die Leitung der Konsumvereine, die uns in illoyaler Weise Konkurrenz macht. Ich möchte wissen, wer die Fahrten alle bezahlt, die die Landwirtschaftslehrer und die Agitatoren der Konsumvereine usw. machen, um Propaganda zu machen für ihre Konsumvereine. Es wäre also unser Wunsch, daß die Getreideabsatzgenossenschaften nicht gezwungen sein sollten, sich dem Konsumverband anzuschließen, sondern sie sollten ohne weiteres berechtigt sein, mit dem Getreidebureau in Mannheim zu verkehren. Es steht mir aber hier ein Vertrag zur Verfügung, welchen der Verband der landwirtschaftlichen Konsumvereine in Karlsruhe mit den Getreidelagerhäusern abzuschließen pflegt, und in dem § 4 dieses Vertrages ist zu lesen: „Die Genossenschaft ist verpflichtet, nur solche Konsumwaren auf Lager zu halten, die durch den Verband (der Konsumvereine) bezogen sind mit einigen Ausnahmen, über die aber auch besondere Vereinbarungen getroffen werden müssen.“ Damit werden alle diejenigen Mitglieder anderer Genossenschaften z. B. des Bauernvereins gezwungen, ihre Bezüge bei den badischen Konsumvereinen zu machen. Man sucht der etwas mangelhaften und wenig gewinnbringenden Geschäftsführung der Konsumvereine aufzuhelfen dadurch, daß man die Leute zwingt, ihre Waren dorthin zu beziehen.

Es sind uns auch noch einzelne Fälle zu Ohren gekommen, daß man in ziemlich brutaler Weise seitens der Konsumvereine vorgegangen ist gegen Mitglieder unseres Vereins. Man hat z. B. in Bühl bei Waldshut bezw. Getreidelagerhaus Grießen unseren Bezirksvorstand Kaiser ohne weiteres hinausgeworfen, ohne daß das geringste passiert wäre, nur weil es dem Konsumverein so paßte. Ich könnte eine ganze Reihe von Namen nennen, ich will das aber lieber unterlassen, weil ich es nicht für nötig halte.

Ich bin nun genötigt, auf einen Spezialfall einzugehen, der einen gewissen Herrn Hilbert in Niedöschingen betrifft, ich glaube nicht, daß dieser Herr Hilbert mit unserem Herrn Kollegen hier identisch ist. Anlässlich der Ortsbereinigung durch den Amtsvorstand hat dieser Herr Hilbert, der Vorstand des Getreidelagerhauses dort ist, die Behauptung aufgestellt, er habe Proben von Kunstdünger entnommen, die der Bauernverein habe kommen lassen, habe sie untersuchen lassen, die Ware sei nicht reell, und zwar sei dies 1904 passiert. Nun ist das der Geschäftsstelle unseres Vereins zu Ohren gekommen und man ist vorgegangen gegen Hilbert und hat ihn aufgefordert, sich zu äußern. Er hat am 17. August vorigen Jahres die Äußerung bestätigt, daß er zweimal Düngerproben vom Bauernverein in Augustenberg habe untersuchen lassen, und daß sie im Jahre 1904 11,25 Proz., 1905 15 Proz. ergeben hätten. Daraufhin hat unsere Geschäftsstelle festgestellt, daß das Untersuchungsergebnis von ordnungsmäßig gegebenen Proben im Jahre 1904 15,81 Proz., 1905 15,53 Proz. betragen hat. Man hat sich dann nach Augustenberg gewandt, und die Direktion hat festgestellt, daß im Jahre 1904 die Probe 15,81 Proz. ergab aus demselben Waggon, aus dem die Hilbertsche Probe

war, und daß im Jahre 1905 eine weitere Probe nicht gemacht worden ist.

Nun hat man sich wieder an denselben sicheren Herrn Hilbert gewandt und hat ihm das mitgeteilt, und da hat er sich damit herausgeredet, daß er gesagt hat, die Sache wäre nicht 1904, sondern im Jahre 1903 passiert. Nun hat die Geschäftsstelle vorgezogen, weiter mit diesem Herrn nicht zu verkehren. Wir haben aber sodann festgestellt, daß in der Tat im Jahre 1903 seitens jenes Bauernvereines Bezüge gemacht worden sind, und daß das Resultat 11,26 Proz. bei der Untersuchung war, während es 12 Proz. — es sollte Superphosphat Nr. 16 sein — vorschriftsmäßig haben sollte, und das war allerdings unter der Fehlergrenze. Aber die Proben waren einmal nicht rechtzeitig entnommen, nach der Vorschrift, die mir vorliegt, und deswegen konnte nicht reklamiert werden. Die liefernde Firma wäre verpflichtet gewesen, das Manko zu ersetzen. Und zweitens war diese Ware nicht durch den Bauernverein bezogen worden, sondern stammte von einer hiesigen Firma, was alles dem sicheren Herrn Hilbert bekannt gewesen sein mußte. Das Urteil über diese Art von Konkurrenz kann ich vertrauensvoll den sämtlichen Mitgliedern dieses hohen Hauses überlassen. Also ich wiederhole, ich glaube nicht, daß unser Kollege Hilbert hier im Hause es ist, der dem Oberamtman von Donaueschingen die Unwahrheit berichtet und der den Bauernverein verklagt hat.

Nun ist weiter etwas passiert, was mich auch in einiges Erstaunen gesetzt hat. Eine neuere Eierabfahrgenossenschaft hat sich an eine Firma gewandt, sagen wir in Augsburg, welche Schachteln fabriziert, in denen man die Eier zum Versand bringt, und diese Genossenschaft stand nicht auf dem Boden des Konsumvereins, ich weiß nicht, ob sie mit dem Bauernverein zusammenhing; jedenfalls noch einiger Zeit kam nicht das bestellte Verpackungsmaterial, sondern ein Schreiben, worin mitgeteilt wurde, dieses Verpackungsmaterial zu liefern sei nicht möglich, weil der badische Konsumverein gedroht hatte, daß er sonst der Firma seine Kundschaft entziehen würde. Das ist auch eine feine Art, Konkurrenz zu machen! Damit verlasse ich diesen Gegenstand und will noch einige Dinge besprechen, die mir mitgeteilt worden sind mit dem Ersuchen, sie hier zur Sprache zu bringen.

Ich komme da zuerst zu einem Schmerzenskind der Landwirtschaft, zu der Kadaververnichtungsanstalt. Da hat irgendwo in einem fernen Lande jemand ausgedacht, daß es viel besser wäre, wenn man die Kadaver dem Feuer überliefert, als daß man sie in die heilige Mutter Erde versenkt. Ich frage: seit wann ist denn das Rheintal und seit wann ist das hiesige Land besiedelt? Ich weiß es nicht genau, aber es mag wohl achtzehnhundert Jahre her sein — und seit diesen achtzehnhundert Jahren werden die eingegangenen Tieren in Wald und Flur verlockt, und das hat ohne Schaden geschehen können. Jetzt auf einmal, am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts müssen wir uns gefallen lassen, daß irgendwo, in Ladenburg z. B., ein Verbrennungsofen errichtet wird, und daß dorthin vierzig oder fünfzig Kilometer weit diese Kadaver gefahren werden sollten (Zuruf von Abg. Lehmann: Die Opfer bei den Heiden sind ja auch verbrannt worden). Aber das waren nicht eingegangene Tiere; Ihre Kenntnisse in der Geschichte sind nicht ganz fest — in der Zoologie sind sie stärker, lieber Herr Kollege (Weiterkeit). Nun, erregen diese Kadaververbrennungsanstalten großes Mißfallen bei der Bevölkerung, die sich fragt, weshalb hier auf einmal diese belastende Aenderung eingeführt werden soll. Vielleicht sieht ein Mitglied der Großh. Regierung sich veranlaßt, darauf einzugehen und will mir dann den Vorwurf der Unkenntnis des Gesetzes machen; ich komme diesem Vorwurf zuvor, denn ich kenne das Ge-

setz; ich habe das Gesetzbuch, auf dem der Hund aufgemalt ist, im Besitz; aber gleichwohl beschwere ich mich darüber, daß diese Kadaververbrennungsanstalten existieren. Denn setzen wir der Fall, es bricht irgendwo — und zwar an mehreren Orten gleichzeitig — eine Seuche aus: dann hat der Wagen so viel zu tun, daß er gar nicht mehr durchkommt; dann wird diese Einrichtung an sich schon dadurch ad absurdum geführt, daß man wieder zum Verlocken zurückkehren muß.

Und dann noch weiter. Wenn z. B. einmal ein Stück Vieh an der Maul- und Klauenseuche eingeht und es auf diesem Amtsfuhrwerk nach Ladenburg gefahren wird, so läuft doch unterwegs etwas von der Sauce heraus! (Weiterkeit). Dies ist gefährlich; auf diese Art kann man die Seuche im ganzen Land herum verbreiten.

Ich sage, nichts verbreitet die Klauenseuche so sicher als das. Es gibt aber etwas, was noch sicherer ist: das ist der Besuch der Tierärzte in den Ställen. Das ist wenigstens die Ansicht der Bauern: daß die Herren Tierärzte diejenigen sind, die die Seuche von Stall zu Stall tragen.

Nun habe ich noch eine kleine Sache. Neuerdings ist man der Ansicht, daß — um diese Kadaververbrennungsanstalten rentabler zu machen — seitens der Tierärzte viel mehr dorthin gesprochen wird, als früher in das Loch gesprochen worden ist. Ich sage: man ist der Ansicht; ich mache mir diese Behauptung aber nicht zu eigen.

Als ein weiterer Punkt ist mir mitgeteilt worden, daß es bei der Abstimmung über die staatliche Viehverversicherung in Altlußheim nicht ganz einwandfrei zugegangen sein soll; ich bringe das nur zur Kenntnis der Großh. Regierung.

Zu meinem großen Bedauern hat der Herr Präsident vorhin es gerügt, wie der Herr Kollege Morgenthaler über die Zigeuner gesprochen hat; Herr Präsident, ich kann nicht anders; ich muß auch über die Zigeuner sprechen, es drückt mir sonst das Herz ab (Große Heiterkeit).

Präsident Dr. Wilkens (unterbrechend): Ich muß darauf aufmerksam machen, daß die ganze Zigeunerangelegenheit bei Beratung des Reichstages des Herrn Kollegen Fehrenbach in der eingehendsten Weise behandelt worden ist. Der Herr Abg. Frhr. von Menzinger hätte ja — wenn es ihm so sehr aufs Herz drückt — Gelegenheit gehabt, bei jenem Anlaß seine Ausführungen zu machen. Ich will aber auch ihm, wie ich dies ja auch dem Herrn Abg. Morgenthaler zugelassen habe, gestatten, daß er die Sache in aller Kürze streift. Doch muß ich darauf bestehen, daß wir jetzt nicht wieder in eine förmliche Zigeunerdebatte zurückfallen. Denn sonst ist es wirklich unmöglich, die Verhandlungen in der richtigen Zeit durchzuführen.

Abg. Frhr. v. Menzinger (fortfahrend): Also mit der gütigen Erlaubnis des Herrn Präsidenten bringe ich zur Kenntnis der Großh. Regierung, daß es mit den Zigeunern neuerdings wieder nicht zum Aushalten ist. Am letzten Samstag sahen wir zwischen zwölf und zwei Uhr in der Gegend von Ubstadt und Stettfelden so viele Zigeuner, daß man gar nicht zählen konnte (Zurufe und Heiterkeit). Gestern früh um acht Uhr, oder zwischen acht und neun Uhr habe ich bei der Station Untergrombach vier oder fünf solcher Wagen gesehen; das ist eine Katastrophe.

Nun hat eine Aeußerung des Herrn Ministers des Innern mich sehr niedergedrückt, weil er bei Behandlung einer Sache, an die ich mich nicht mehr erinnern gesagt hat: „Wir können die Sache nicht aus der Welt schaffen — ebensowenig wie die Zigeunerplage!“

Das tut mir sehr leid, daß der Herr Minister diese Ansicht hat. Ich traue mir nicht die Qualität zu, Minister zu sein und zu regieren; aber ich glaube, ich könnte in einer bestimmten gestellten Frist die Zigeuner aus dem Lande hinausbringen. Ich habe das Mittel auch nicht selbst erfunden, sondern ein Oberamtmann, den ich sehr verehere und schätze. Dieser hat, als er in einen sehr verlotterten Bezirk kam, sofort dadurch Ordnung hineingebracht, daß er in den ersten paar Tagen ein paar Polizeidiener einsperrte und ein paar Bürgermeister mit Geld strafe. Nun möchte ich der Großh. Regierung vorschlagen, daß sie nicht die Zigeuner verfolgt — sondern überall da, wo solche Wagen getroffen werden, einfach gegen die Ortsbehörde einschreitet.

Außerdem empfehle ich die Selbsthilfe. In Niederbayern giebt es keine Zigeuner, da hat jeder Bauer ein paar Haiselstecken im Wasser oder Mist liegen, in weiser Prophylaxe für die Kirchweih und wenn er (auf Zurufe) auch einmal Gelegenheit bekommt, eine kleine Vorprobe mit diesem Stod zu machen, ist er sehr dankbar und erfreut darüber, deswegen giebt es dort keine Zigeuner. (Zurufe von sozialdemokratischer Seite: Netze Rechtsgrundsätze! Verrohung! das katholische Bayern!) Ja, ja, so wirds gemacht bei uns — und wenn ein paar Bauernbuben sich einmal teilen, was liegt daran?

Nun habe ich in der „Karlsruher Zeitung“ eine Bemerkung gelesen, wonach Oberbürgermeister Schneckler in einer Sitzung des Bürgerausschusses oder des Stadtrats Karlsruhe anlässlich einer Besprechung der Fleischnot gesagt hat, daß es sich dabei nicht um Sanitätsmaßregeln oder so etwas handelte, sondern daß es nur ein „Vorwand“ sei. Ich habe diese Äußerung nicht zu qualifizieren, sondern ich kann nur bemerken: daß man ein ausgezeichnete Oberbürgermeister sein, daß man außerordentlich dazu befähigt sein kann, ein solches Gemeinwesen wie die Stadt Karlsruhe zu leiten — daß einem aber doch die Elemente zur Beurteilung jener Maßregeln abgehen, welche die Reichsregierung zu treffen für gut findet.

Dem Herrn Kollegen Kolb bin ich sehr dankbar, daß er mich gestern eines Angriffs gewürdigt hat. Gestraunt war ich aber, bei dem Respekt, den ich vor der Persönlichkeit und dem Charakter des Herrn Kollegen Kolb habe, allerdings darüber, daß er sich dazu hat hinreißen lassen, einen meiner Parteifreunde zu verhöhnen. Es kommt doch nicht darauf an, wie man etwas vorbringt, sondern was man vorbringt, und ich glaube, daß das, was der Herr Kollege Weißhaupt vorgebracht hat, durchaus der Beachtung würdig war, und wenn Sie, um gegen die Grafen und Barone eine Attacke zu machen, ins Mittelalter zurückgehen, dann empfehle ich Ihnen auch noch das *jus primae noctis*, das Raubrittertum, den Judenschutz, was Sie in jedem Geschichtswerk finden, das auf solche Kleinigkeiten Wert legt. Zur Zeit aber leben wir im 20. Jahrhundert; wir haben alle die Nase mitten im Gesicht und keiner von uns erhebt den Anspruch, vor dem anderen etwas voraus zu haben. Es ist mir aber noch immer lieber, die Bauern wählen unsereinen als einen Sozialdemokraten. (Heiterkeit.)

Ich komme nun zu einer anderen Frage, welche Stadt und Land besonders interessiert und beide immer enger aneinander zu schließen geeignet ist. Vorteile und Nachteile hat die Milchversorgung der großen Städte für das Land sowohl wie für die Stadt. Da, wo die Milchproduktion intensiv getrieben wird, tritt ein, was der Herr Kollege Weißhaupt gestern hervorgehoben hat, daß sich nämlich Molkereien mit intensiver Viehzucht, mit Qualitätsviehzucht, nicht vereinigen lassen. Wo intensive Milchproduktion getrieben wird, werden die besten Kühe

dafür herausgesucht, die auch zugleich für die Nachzucht die besten sind; sie werden ausgemolken und nachher gemästet und an den Schlächter verkauft. Vom Kalb ist auch nicht viel zu sehen, es wird so bald als möglich von der Mutter getrennt und auch geschlachtet. Darum werden Sie, da wo der Milchexport nach der Stadt stark betrieben wird, niemals eine ordentliche Viehzucht sich etablieren sehen. Welche Nachteile die Ausführung aller Milch aus den Molkereien nach der Stadt für die Gesundheit der Bevölkerung auf dem Lande hat, können Sie daraus entnehmen, daß in demselben Maß, wie die Entziehung der Milch aus der bäuerlichen Wirtschaft zunimmt, auch die Tuberkulose auf dem Land wächst, und zwar in Ortschaften, wo sie früher niemals vorkam.

Nun haben wir im vorigen Sommer hier in Karlsruhe einen Kampf ausgefochten, der auch in Mannheim und anderen Orten entbrannt war, den Kampf um den Preis der Milch. Ich habe da in den Städten allerhand unliebsame Urteile hören müssen über die bäuerliche Begehrlichkeit, die den Milchpreis in den Höhe treibe. Ich werde mir aber erlauben, eine ganz kurz Aufzeichnung darüber vorzutragen, was die Produktion von 10 Liter Milch pro Tag kostet. Man nimmt an, daß eine Kuh täglich 10 Liter Milch gibt. Die Haltungskosten und Fütterungskosten einer Kuh pro Tag betragen etwa:

10 Pfund Heu	à 3 Pfg.	= 30 Pfg.
10 " Gefid	" 2 "	= 20 "
5 " Kleie	" 5 "	= 25 "
2 " Sesamkuchen	" 7 "	= 14 "
5 " Trockenschnitzel	" 4 "	= 20 "
40 " Dickrüben	" 0,8 "	= 32 "
Berpfelegung pro Stück		15 "
Kapitalverzinsung pro Stück		7 "
Kapitalabnutzung und Risiko		7 "
Milchfracht für 10 Liter		10 "
		<hr/>
		1,80 M.

Da kommt also die Milch auf 18 Pf. Selbstkosten pro Liter. Wir haben aber bis dato diesen Preis noch nicht erreicht, sondern bekamen nur 17 Pf. pro Liter. Nun ist richtig, daß für jene Betriebe, wo nicht allein auf Milch hingewirtschaftet wird, wo die Milch nur ein Nebenprodukt der Landwirtschaft darstellt und das, was man einnimmt für die Milch, dazu dient, um die Düngerbereitung zu verbilligen, es noch zutrifft, wenn man sagt, der Bauer wird es noch ertragen können, wenn er auch weniger einnimmt für die Milch. Für Betriebe, deren Hauptzweig aber die Milchwirtschaft ist, kann das nicht gelten.

Was die Organisation des Milchverschleißes in Baden angeht, so ist das alles noch im Werden. Es sollen Genossenschaften gegründet werden — teils sind sie schon gegründet — und es steht zu hoffen, daß unserserseits recht bald eine feste Organisation ins Leben tritt. Ueber die Masse der Milch, die in die Städte eingeführt wird, haben wir auch noch keinen rechten Ueberblick. Ich habe versucht etwas zusammenzustellen für Karlsruhe, aber ich kann es nur nach Kannen angeben: Es kommen 1792 Kannen mit der Eisenbahn nach Karlsruhe. Das stellt aber noch nicht den ganzen Bedarf und Import nach Karlsruhe dar.

Wir sind der Ansicht, daß die Milch ebenso sorgfältig behandelt werden sollte, wie die anderen Nahrungsmittel. Da fehlt es allerdings noch sehr weit, und ich kann zugeben, daß draußen auf dem Lande nicht immer die nötige Sorgfalt angewendet wird. Trotz gegenteiliger Auffassung mancher Sachverständiger bleibt es doch sehr wahrscheinlich, daß man mit der Milch eine große Anzahl von Krankheitskeimern importieren kann: Typhus, Diphtherie, Tuberkulose, Scharlach und andere Krankheiten. Man

muß also die Milchproduktion nach zwei Seiten hin kontrollieren: man muß sowohl den Milchverschleiß im Auge behalten als auch rückwärts gehen auf das Land und dort dafür sorgen, daß alle nötigen Vorsichtsmaßregeln angewendet werden bei der Milchgewinnung. Anderwärts haben große Städte eingehende Maßregeln ergriffen, um die Gesundheit ihrer Einwohner gegen die Infektion durch Milch zu schützen. Ich mache auf die diesbezügliche ortspolizeiliche Vorschrift in Darmstadt aufmerksam, welche dafür muster-gültig ist; ebenso verweise ich auf die bezügliche Polizeiverordnung der Stadt Berlin. Ein gewisser Dr. Prülls hat vorgeschlagen, daß in den Städten Milchzentralen eingerichtet werden sollen, ähnlich wie die Schlachthöfe und die Gasanstalten, daß alle Milch, die in die Stadt hineingeht, durch diese Milchzentralen hindurchgehen muß und daß in der Stadt nur solche Milch verwendet werden darf, welche in versiegelten Flaschen aus diesen Milchhöfen kommt. Man könnte die Einrichtung solcher Milchzentralen privaten Unternehmern oder den großen Städten anheimgeben. Dadurch würde der Milchhandel nicht ausgeschaltet, sondern es könnte immer wieder aus den Zentralen Milch an die Händler abgegeben werden, die sie wieder an die Kunden weitergeben. Aber keinesfalls dürfte Milch verwendet werden, welche nicht in versiegelten Flaschen aus den Anstalten hervorgeht. In Kopenhagen, Wien und Budapest sind bereits ähnliche Einrichtungen mit Hilfe des Staates geschaffen worden.

Nun komme ich in der Milchfrage noch auf einen Gegenstand zu sprechen, der uns alle interessiert, ich meine diejenige Milch, welche für die Säuglinge verwendet wird. Es ist leider Tatsache, daß die Mütter vielfach nicht in der Lage sind, ihre Kinder selber zu stillen; die Fähigkeit, Kinder zu stillen, nimmt ab. Woher das kommt, ist nicht festgestellt. Es giebt Leute, die behaupten, daß der Alkohol schuldig sei. Das glaube ich nicht, denn früher haben die Leute nicht weniger getrunken als heute, und die Mütter waren ganz gut imstande zu stillen. Ich will also kein Wasser auf Ihre Mühle schütten, Herr Kollege Lehmann.

Ohne Zweifel hat es auf die Kindersterblichkeit einen außerordentlichen Einfluß, ob sie an der Brust oder künstlich ernährt worden sind. Der Sterblichkeitsunterschied ist im Jahre 1885 in Berlin statistisch festgestellt worden bei jenen Kindern, welche im ersten Lebensjahr an Verdauungskrankheiten gestorben sind: von den an der Brust ernährten Kindern sind gestorben 1,4 Proz., von den halb an der Brust und halb von der Kuhmilch ernährten 15,8 Proz., von den nur mit Kuhmilch ernährten 24,3 Proz. und von den mit Surrogaten ernährten 61,4 Proz. Ein ganz merkwürdiges Beispiel für die Minderung der Kindersterblichkeit in den Fällen, wo die Mutter gezwungen ist, die Kinder selbst zu ernähren, hat die Belagerung von Paris geliefert; denn trotz der Belagerung ging damals die Kindersterblichkeit zurück, weil die Mütter gezwungen waren, ihre Kinder selbst zu nähren, weil sie dieselben nicht mehr bei Ammen auf dem Lande versorgen konnten, wie das dort üblich ist. Nun handelt es sich angehts der feststehenden Tatsache, daß die Mütter vielfach nicht mehr in der Lage sind, ihre Kinder selbst zu ernähren, darum was für ein Ersatz gewonnen werden soll. Da hat man heutzutage den Sozphet, der aber nicht dem Ideal dessen entspricht, was es sein soll, weil durch die zu hohe Erhitzung eine Degenerierung der Milch entsteht. Die Wissenschaft ist deshalb unablässig bemüht gewesen, ein Verfahren zu finden, welches die schädlichen Bestandteile der Kuhmilch ausscheidet und sie in der Qualität möglichst der Muttermilch nahe bringt, und da hat ein ungarischer Professor Szekeley ein Verfahren erfunden, durch

welches vermittelst Kohlensäure das Kasein aus der Milch geschieden wird; es wird dann durch Zusatz von Milchsücker zc. die Milch so zubereitet, daß sie der Muttermilch ganz ähnlich wird. Man hat mit dieser Milch Versuche in verschiedenen Kinderhospitalen gemacht, die als gelungen bezeichnet werden können.

Ich bin hiermit am Schlusse meiner Ausführungen angekommen. Ich möchte nur noch nachholen, was ich vorhin vergaß zu sagen, daß einem badischen Gelehrten die Priorität zukommt dafür, die berühmten Zentrifugen erfunden zu haben, nämlich dem Professor Fuchs an der früheren hiesigen Tierarztschule. Bei dieser Gelegenheit habe ich auch erfahren, daß es hier früher eine Tierarztschule gab, die leider jetzt nicht mehr vorhanden ist; jetzt müssen unsere Studenten, die die Veterinärwissenschaft erlernen wollen, ins Ausland gehen. Dieser Professor hat zusammen mit seinem Sohne, dem Schlachthausinspektor des Schlachthauses Mannheim, bei Untersuchung von Blut dieses Verfahrens herausgefunden. Ich stelle das fest, weil es in Norddeutschland Leute gibt, die für sich jenes Verdienst in Anspruch nehmen.

Hg. Brodmann (natl.): Als Vertreter eines Bezirkes, in welchem vorherrschend Landwirtschaft getrieben wird, eines Bezirkes mit einer hoch entwickelten Viehzucht, die als solche wohl an erster Stelle in Baden rangiert, ersehe ich mit besonderer Genugtuung, daß in dem jetzigen Landwirtschaftsbudget annähernd die gleichen namhaften Beträge für die Förderung der Landwirtschaft eingesetzt sind, wie im vorhergehenden Budget. Ganz erfreulich ist es auch, zu sehen, in welcher großem Maße von allen Seiten des Hauses der Landwirtschaft Wohlwollen entgegengebracht wird, sogar die Herren Sozialdemokraten schlagen einen wohlwollenden Ton an, hat doch gestern der Herr Kollege Kolb sich geäußert, auch sie wollen den mittleren und kleinen Landwirten aufhelfen, indem sie für alle Kosten, die hier eingesetzt sind, stimmen werden. Es ist sehr erfreulich, dies zu hören, aber ich bringe es nicht in Einklang mit der Haltung der Sozialdemokraten im allgemeinen, die ja schon wiederholt geäußert und auch schon bestätigt haben, daß sie überhaupt gegen das ganze Budget stimmen werden.

Ich möchte mir nun erlauben, über einzelne Positionen des Landwirtschaftsbudgets mich auszusprechen. Ich werde mich kurz fassen in Anbetracht der vielen Redner, die noch vorgemerkt sind; denn sonst könnte die Herren Kollegen, die weniger Interesse an der Landwirtschaft haben, ein Grauen erfassen ob dieser langen Landwirtschaftsdebatte.

Was zunächst die Förderung der Pferde- und Zucht anbelangt, so ist mir von verschiedenen Pferdezüchtern in meinem Bezirk wiederholt die Mitteilung gemacht worden, daß die in den dortigen Gegenden aufgestellten Hengste den Anforderungen nicht entsprechen, indem dieselben zu leicht sind, und daß dementsprechend auch die Nachzucht für die dortige Gegend mit sehr kuppiertem Terrain und ziemlich schwer zu bebauendem Boden sich nicht widerstandsfähig genug erwiesen hat. In früheren Jahren hat man ausschließlich Normänner Hengste aufgestellt, und man hat mit diesen sehr gute Erfolge gehabt; das zeigt sich in der jetzt noch teilweise vorhandenen Nachzucht. Warum jetzt keine Normänner Hengste mehr aufgestellt werden, ist mir nicht bekannt; der Grund, der bei uns kolportiert wird, als ob sie nicht mehr erhältlich wären, ist wohl nicht richtig. Mir ist allerdings bekannt, daß Frankreich eine Zeitlang Ausfuhrzoll auf solche Tiere gelegt hat. Das ist aber schon lange nicht mehr der Fall. Ich möchte ersuchen, daß den Wünschen der Pferdezüchtervereine aus meinem Wahlbezirk bei

Zuteilung von Hengsten mehr Rechnung getragen wird, damit es nicht wieder vorkommt, wie das schon öfter der Fall war, daß eine Kommission aus dem Oberland nach Karlsruhe kommt, um sich einen Hengst auszusuchen, aber nur ein oder zwei Exemplare vorfindet und ihr dann einfach gesagt wird, ja, diesen Hengst müssen Sie nehmen, er ist für Sie bestimmt, selbst wenn er absolut nicht für die dortige Gegend paßt.

Ich komme nun auf die Schweinezucht zu sprechen, für die im Budget ein Betrag von 12 000 M. eingesetzt ist. Dieser Betrag scheint auch mir als sehr gering, und ich möchte deshalb die Großh. Regierung eruchen, wenigstens in einem späteren Budget einen namhaften Betrag für die Förderung der Schweinezucht einzustellen. Heute möchte ich eine Anregung dahin geben, daß die Großh. Regierung die Vertreter der landwirtschaftlichen Vereine und die Landwirtschaftslehrer beauftragt, bei Versammlungen u. Besprechungen dahin zu wirken, daß in den Bezirken oder in einzelnen größeren Gemeinden, wo die Schweinezucht in größerem Maßstabe betrieben wird, Weiden für Mutterschweine errichtet werden; denn bei der Stallhaltung, wie sie bei uns Regel ist, werden diese Mutterschweine viel zu rasch zuchtuntauglich, weil sie zu fett werden, und müssen oft wertvolle Mutterschweine dann sehr früh zum Schlachten verkauft werden. Dies wäre bei der Errichtung von Weiden nicht der Fall; den Beweis dafür liefert Mittel- und Norddeutschland mit den großen Erfolgen, die sie mit den ausgedehnten Weiden der Mutterschweine haben.

Was nun die staatliche Kindviehprämierung anbelangt, so wissen alle die Herren, daß dieselbe im ganzen Lande äußerst beliebt ist, und zwar namentlich deshalb, weil sie einem strebsamen Landwirt ein gutes Stück Geld in die Hand gibt. Sie ist aber auch sehr förderlich zur intensiven Zuchttrichtung, wie sie jetzt im Oberlande betrieben wird. Hier möchte ich nun eine Anregung unterstützen, die mein Kollege Weißhaupt gestern schon gegeben hat, dahin lautend, daß nicht nur die Gemeindefarren, sondern junge Zuchtfarren von Privatbesitzern, ähnlich wie das in der Schweiz der Fall ist, prämiert werden, und zwar schon in dem Alter von 10 Monaten an, und zwar nach dem in der Schweiz üblichen System, daß der Besitzer eines solchen prämierten Tieres, wenn er dasselbe nach dem Ausland, bei uns also nach einem außerbadischen Staate, einem anderen Bundesstaate verkauft, dann nicht nur die Prämie zurückzahlen muß, sondern noch den fünffachen Betrag derselben als Strafe, oder, wie man in der Schweiz sagt, als Buße zahlen muß. Dadurch würde erzielt, daß die besten Zuchttiere unserer Lande erhalten blieben. Die Mittel hierzu ließen sich sehr leicht beschaffen, ohne daß ein weiterer Posten in das Budget eingestellt wird. Man könnte die Prämienätze, die bis jetzt für die Gemeindefarren auf 50, 75, 100 M. festgestellt sind, etwa auf 25, 40 und 50 M. ermäßigen. Es wäre dies immerhin noch eine sehr annehmbare Prämie, und die hierdurch gewonnenen Mittel könnten dann zur Prämierung von solchen jungen Zuchtfarren verwendet werden.

Was die Rinderstammzuchtstationen anbelangt, so ersehe ich, daß im außerordentlichen Etat noch ein Betrag von 60 000 M. für die vorhandenen drei Rinderstammzuchtstationen ausgesetzt ist. Es ist das an und für sich ja ein sehr hoher Betrag; doch bedauere ich recht sehr, daß gegenüber dem letzten Budget hier 30 000 M. gestrichen wurden, jedenfalls aus der Veranlassung, daß die Zuchtstation Mariahof eingegangen ist. Die Gründe, warum diese Station eingegangen ist, will ich hier nicht erwähnen, weil diese schon von meinem Herrn Kollegen Weißhaupt gestern zur Genüge dargelegt wurden. Ich

hoffte, daß diese 30 000 M. in einer anderen Position erscheinen würden und hätte es sehr begrüßt, wenn sie zur Errichtung weiterer oder Vergrößerung der bestehenden Weiden verwendet worden wären. Denn es ist unerlässlich notwendig, daß wir mehr und größere Jungviehweiden errichten, als bis jetzt der Fall ist, um noch weiter vorwärts zu schreiten. Wir sind — ich sage das entgegen verschiedenen meiner Herren Kollegen — noch nicht auf dem Höhepunkt der Zucht angelangt, und ich würde es bedauern, wenn ich mir sagen müßte, wir sind auf dem Höhepunkt angelangt. Auf dem Höhepunkt angelangt sein, das bedeutet Stillstand, und Stillstand ist Rückschritt. Ich glaube nicht, daß es irgend ein Gebiet gibt, wo man sagen kann: der Höhepunkt ist erreicht. In der Rindviehzucht ist auch noch vieles auszumergen und zu verbessern. Da würden eben gerade größere und mehr Weiden ungemein wirksam sein.

Was nun den Betrieb der einzelnen Rinderzuchtstationen anbelangt, so arbeitet die Station Rudeberg nach mir gewordenen zuverlässigen Mitteilungen ganz günstig und auch erfolgreich. Sie fördert sehr die Erhaltung der reinen Zucht des sehr wertvollen Wälderschlages. Dieser Erfolg ist darauf zurückzuführen, daß auf dieser Station nur ausschließlich die Aufzucht von jungen Zuchtfarren getrieben wird; auch die dort aufgestellten 23 Kühe sind aus der Zucht entnommen. Es wird dann noch eine Anzahl junger Zuchtfarren hinzugekauft. Die Tiere werden sehr sorgfältig aufgezogen und finden dann in den Gemeinden der benachbarten Bezirke guten Absatz zu lohnenden Preisen.

Anders dagegen verhält es sich mit den Rinderzuchtstationen Tannenbrunn und Billingen. Dort sind die aufgestellten Tiere reine Original-Simmenthaler Kühe und größtenteils Original-Simmenthaler Jungfarren. Mit diesen Tieren — das kann ich wohl sagen — hat man durchweg sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Die Kühe akklimatisieren sich nicht, verfallen sehr häufig und werden selten mehr trüchtig, so daß sie sehr oft nach kurzer Zeit mit ganz enormem Schaden zum Schlachten verkauft werden müssen. Wenn die von der Großh. Regierung ausgetworfenen Mittel für diese Zuchtstationen ihren Zweck erreichen sollen, so müßte nach meiner Ansicht der Betrieb dieser beiden Stationen Tannenbrunn und Billingen anders geregelt werden. Einen Erfolg kann ich mir nur versprechen, wenn auch diese beiden Rinderzuchtstationen nur zur Aufzucht von jungen Zuchtfarren übergehen. Diese jungen Farren müßten aber nicht nur im Herbst auf den allgemeinen Zuchtvielmärkten auf gekauft werden, sondern es müßten im Bezirk oder in den beiden Bezirken mehrere bekannte Viehzüchter aufgestellt werden, die auch während der übrigen Zeit des Jahres ermächtigt wären, junge Zuchtfarren im Alter von 3 bis 5 Monaten aufzukaufen und sie der Station zu überweisen. Es könnte ja eine kleine Anzahl Original-Simmenthaler Farren aufgestellt werden, so daß, wenn etwa eine Nachfrage hierfür eintreten sollte, auch dieser Genüge geleistet werden könnte. Zu einer Farrenaufzuchtstation bedarf es aber, wie jeder Kenner weiß, sehr vieler Milch, da den Farren bis zum Alter von acht Monat nebst Kraftfutter noch Vollmilch verabreicht werden muß. Es ist daher notwendig, daß auch eine größere Anzahl Kühe aufgestellt wird. Diese könnten aber ebenfalls aus der Zucht genommen werden, und man könnte da bei der Anschaffung derselben mehr auf Milchergiebigkeit sehen als auf hervorragende Körperformen, die ja immer mit hohen Preisen bezahlt werden müssen. Wenn die beiden Stationen auf diese Weise betrieben würden, so glaube ich, daß man hierbei nicht nur einen materiellen Erfolg erzielen würde, sondern auch einen Erfolg dahingehend, daß den anderen Zuchtbezirken

im badischen Lande, hauptsächlich denjenigen im badischen Unterlande, Gelegenheit geboten wäre, auf diesen Stationen ihren Bedarf an Zuchtstieren decken zu können und zwar mit guten Tieren und zu verhältnismäßig mäßigen Preisen.

Hieran anknüpfend, möchte ich noch erwähnen, daß das Impfen der Farren nicht in Wegfall kommen soll, besonders nicht bei den Gemeindefarren, den Jungfarren, die auf solchen Stationen aufgezogen werden, und auch denjenigen jungen Farren, die von Privatbesitzern auf den Zuchtvielmärkten im Herbst zum Verkauf gestellt werden. Denn es wird von den Käufern Mittel- und Norddeutschlands jeweils der Impfschein verlangt, so oft sie einen jungen Farren aufkaufen, trotzdem auch ich der Ansicht bin, daß das Impfen noch keinen festen Anhaltspunkt für den Grad etwa vorhandener Tuberkulose gibt. Es kommt ja häufig vor, daß ein Tier in den Driisen Tuberkeln hat. Diese kuppeln sich ein oder sie heilen sich wieder aus. Ein solches Tier kann unbedenklich zur Zucht verwendet werden. Wenn es aber geimpft wird, so reagiert meistens ein solches Tier viel stärker als andere, deren Lungen schon mit Tuberkelnknoten durchsetzt sind.

Was die Errichtung von Molkereien anbelangt, so bin ich nicht gerade ein Gegner derselben. Aber daß dahin gewirkt wird, daß die Molkereien in Bezirken mit hoch entwickelter Viehzucht vermehrt werden, davor möchte ich warnen. Es ist nämlich sehr verlockend, den Molkereien mehr Milch zuzuführen, als den vorhandenen Zuchtkälbern entzogen werden darf und zwar nur aus dem Grund, um schneller zu Geld zu kommen. Man kommt natürlich rascher zu Geld, wenn man die Milch verkauft, als wenn solche für die Aufzucht verwendet wird.

Gern hätte ich mich auch über die Getreideabfahverhältnisse eingehender ausgesprochen; ich will diese aber nur streifen, da jedenfalls von anderer Seite in ausgiebiger Weise darüber gesprochen werden wird. Jedenfalls käme ich, wenn ich darüber ein Urteil äußern wollte, nicht zu einem günstigen Ergebnis, namentlich nicht über die Getreidelagerhäuser, die im badischen Oberland errichtet sind. Ich habe die Ueberzeugung, daß diese Getreidelagerhäuser bis heute den Beweis der Rentabilität noch nicht erbracht haben. Sie haben auch den Landwirten bis jetzt noch keinen Nutzen gebracht und es gibt sogar einzelne Getreidelagerhäuser, die nicht einmal alles Getreide aufnehmen, sondern nur solche Arten, die sie günstig verwerten können; so ist z. B. in dem Getreidelagerhaus in Engen die Gerste ausgeschlossen mit dem Hinweis, diese könne der Bauer an den Brauer direkt verkaufen. Ebenso ist es mit dem Reppel-Mit solchen Getreidelagerhäusern ist der Landwirtschaft nicht gedient. Die Getreidelagerhäuser sind zugleich aber auch kein Nutzen für die im Oberland noch vorhandenen Handmüllern. Ich besitze selbst eine Handmühle und wollte ich noch mehr über Getreidelagerhäuser sagen, so käme ich in den Verdacht, daß ich einseitige Wirtschaftspolitik triebe.

Anders dagegen möchte ich mich aussprechen über den Getreideabfah in den Gegenden, wo keine Getreidelagerhäuser vorhanden sind, z. B. in den Bezirken Pfullendorf, Ueberlingen, Stockach, Radolfzell und anderen an der Schweizer Grenze entlang. Hier bin ich nicht der Ansicht, wie Herr Kollege Weiskopf, der gestern gesagt hat, es wäre für die Landwirte schwierig, das Getreide nach der Schweiz zu exportieren. Das ist nach meinen Erfahrungen, und als Müller habe ich auch solche gemacht, durchaus nicht der Fall. Im Gegenteil, in den letzten Jahren war es der Landwirtschaft sehr leicht möglich, ihr Getreide, speziell Hafer und Weizen,

wieder nach der Schweiz auszuführen, und das ist vor allem auf die Aufhebung des Identitätsnachweises zurückzuführen, demzufolge 3,50 Mark per 100 Kilo Ausfuhrprämie zurückerlegt werden. Dies kommt nach der Erhöhung der Zölle noch viel mehr zur Geltung, da diese Rückvergütung dann 5 Mark 50 Pfg. beträgt, so daß die Gelegenheit noch besser geboten ist, nach der Schweiz das Getreide auszuführen.

Was nun die Einwirkung des neuen Zolles auf die Getreidepreise anbelangt, so hat der Zoll die Hoffnung noch nicht gerechtfertigt, die man darauf gegründet hat, daß nämlich die Getreidepreise in die Höhe gehen würden. Dies ist wohl am meisten darauf zurückzuführen, daß vor Inkrafttreten des neuen Zolles ungeheuer große Quantitäten ausländischen Getreides noch eingeführt wurden. So lagerten in Mannheim am 1. März über 5 Millionen Doppelzentner mehr Weizen, als dies in andern Jahren zu gleicher Jahreszeit als normal der Fall gewesen war. Daß diese große Quantitäten auf den Preis drücken müssen bzw. eine Erhöhung nicht aufkommen lassen, ist selbstverständlich. Dagegen glaube ich aber, daß wir bis zum Herbst wohl einen Durchschnittspreis von 20 M. bei 100 Kilo für Weizen und Kernen erreichen werden und ich hoffe, daß dann dieser Preis auch unseren Landwirten Veranlassung geben wird, dem so lange zum Schaden der Landwirtschaft und der Volksernährung vernachlässigten Getreidebau wieder mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Zum Schluß will ich mir noch erlauben, einige bemerkende Worte über die landwirtschaftlichen Winterschulen zu sprechen. Ich erachte die 14 vorhandenen landwirtschaftlichen Winterschulen als die beste Einrichtung zur Förderung der Landwirtschaft. Ich bin der gleichen Ansicht, die der Herr Kollege Kolb gestern ausgesprochen hat, indem er sagte, eine gute Schulbildung sei das beste Mittel für die Landwirtschaft, um vorwärts zu kommen. Hierzu rechne ich auch die landwirtschaftlichen Winterschulen. Diese sind wirklich gut geleitet. Die Vorstände und die daran tätigen Lehrer bemühen sich, die jungen Söhne der Landwirte zu tüchtigen Landwirten heranzubilden, und es ist eine Freude, zu sehen, wie die Landwirte, die 2 Kurse einer landwirtschaftlichen Winterschule mitgemacht haben, die von ihnen übernommenen Güter rational und erfolgreich bewirtschaften, und wie bei ihnen die Erkenntnis der Selbsthilfe vorherrschend ist. Diese jungen Landwirte, die eine solche Schule besucht haben, setzen sich auch viel rascher und leichter über die so viel beklagte Leutenot hinweg als diejenigen, die eine solche Schule nicht besucht haben; denn diese jungen Landwirte wissen sich den Vorteil der landwirtschaftlichen Maschinen sehr zunutze zu machen und sich unabhängig zu machen von der viel beklagten und bekannten Leutenot. Wenn diese Erkenntnis der Selbsthilfe bei der Landwirtschaft noch mehr Boden faßt und die Groß-Regierung auch fernerhin der Landwirtschaft so hilfreich zur Seite steht, dann dürfen wir uns der Hoffnung hingeben, daß für die Landwirtschaft für die Zukunft bessere Aussichten bevorstehen. Ich möchte der Hoffnung Raum geben, daß es der Landwirtschaft möglich würde, auch einmal nach dem Rezept unseres Herrn Finanzministers wirtschaften zu können, nach dem Rezept, das ich im Prinzip anerkenne und das dahin anzuwenden wäre, daß die Landwirte aus ihren Gütern nicht nur einen angemessenen Zins herauswirtschaften können, sondern daß es ihnen auch einmal möglich wird, zu amortisieren, ein Ausdruck, der seit vielen Jahren bei der Landwirtschaft ein unerreicherbarer Begriff geblieben ist.

Zum Schluß möchte ich der Groß-Regierung noch besonders Anerkennung und Dank aussprechen für die Einstellung von 12 000 Mk. im Nachtrag zur Ermög-

sichtigung der Beschickung der deutschen Landwirtschaftlichen Ausstellung. Sie hat dies getan auf Anregung des oberbadiischen Verbandes. Ich kann Sie aber auch versichern, daß diese 12000 Mk. gut angewendet sind, denn der oberbadiische Verband wird auch bei der Ausstellung in Berlin den Beweis erbringen, daß er mit seiner Zucht des schweren Fleckviehs der Simmenthaler Rasse wieder an erster Stelle in Deutschland stehen wird (Bravo).

Abg. **Neuwirth** (natl.): Unsere landwirtschaftliche Debatte soll nicht den Zweck haben, wie uns von verschiedenen Seiten vorgeworfen wird, die Zeit durch allgemeines Jammern und Klagen auszufüllen, im Gegenteil, sie soll den Zweck haben, unsere Regierung auf Mißstände hinzuweisen, wo Abhilfe geschaffen werden muß, um den Bauernstand zu heben und zu fördern. Wir wollen, das möchte ich auch heute wieder sagen, keinen Bauernstand heranziehen, der müßig die Hände in den Schoß legt und sich auf die Staatshilfe verläßt. Im Gegenteil, wir wollen ihn zugänglich machen für alles, was Staat und Regierung bieten, und ich hoffe und wünsche, daß für unsere Landwirtschaft treibende Bevölkerung die Zeit herankommt, wo auch sie selbständig gemacht werden kann und nicht mehr auf die Staatshilfe angewiesen ist. Die Mittel und Wege, die uns vorgeschlagen werden zur Hebung und Förderung der Landwirtschaft, sind verschiedene. Wir haben sehr viele Ratgeber, sehr viele Doktoren, so viele, daß, wenn wir allen diesen folgen würden, wir sicher auf Abwege kämen.

Die Ausführungen des Herrn Kollegen Kolb von gestern Abend geben auch mir zu einer Bemerkung Veranlassung. Es hat ihm ja der Herr Kollege Morgensthaler heute morgen in treffender Weise schon erwidert. Die sozialdemokratische Partei hat sich als Freund der Landwirtschaft gezeigt; ich gebe das in gewissem Sinne zu, denn auch sie zeigt uns Mittel und Wege zur Hebung der Landwirtschaft. Nur sind diese Wege verschieden. Es hat gerade die Sozialdemokratie schon vor 2 Jahren anlässlich der Debatte über den Schutzoll und den Kornzoll im allgemeinen sich dahin geäußert, daß an der Erhöhung des Kornpreises der Kleinbauer keinen Vorteil hätte; nur der Großgrundbesitzer ziehe einen Vorteil aus der Erhöhung der Preise. Wir haben ferner in diesem Jahre anlässlich der Fleischnotdebatte gerade von sozialdemokratischen Rednern zu hören bekommen, daß der kleine Bauer von den hohen Fleischpreisen keinen Vorteil habe, denn er habe ja nichts zu verkaufen, das Fleisch brauche er selber. Ja, wenn der Kleinbauer von der Erhöhung der Kornpreise und von der Erhöhung der Fleischpreise keinen Vorteil hat, mit was soll er dann seine Umlagen und Steuern bezahlen? Gerade diese Produkte sind der Hauptfaktor, die Haupteinnahmequelle auch für den kleinsten Landwirt. Ein Rückblick der letzten 2 Jahre zeigt uns, daß es ja in gewissem Sinne besser geworden ist; namentlich sind die Kornpreise höher geworden, sie stehen aber immer noch unter den Produktionskosten. Es sind namentlich auch die Absatzgenossenschaften, die da mit Erfolg gewirtschaftet haben. Auch durch Ausstellungen, durch Belohnungen, durch Prämierung der besseren und namentlich für unsere Gegend geeigneten Sorten Braugersten ist im wesentlichen viel erreicht worden, und ich kann der Großen Regierung nur recht dankbar sein für dieses energische Vorgehen. Nur durch gleichmäßigen Sortenanbau, der es möglich macht, ein größeres Quantum in gleichmäßigen Sorten abzusetzen, sind auch richtige Marktpreise zu erzielen und kann man im Markt konkurrenzfähig bleiben. Man sucht durch Statistik unsere Landwirtschaft, ich möchte fast sagen, abzufüttern, auch nachzuweisen, daß wir nicht in der Lage sind, die

Brotfrüchte zu produzieren, die heute im deutschen Reiche verlangt werden. Ich gebe das zu, aber es hat einen anderen Grund, warum wir nicht in die Lage kommen zu produzieren. Halten Sie den Bauer in der gegenwärtigen Zeit nicht für so dumm und unpraktisch, daß er etwas baut, was sich nicht rentiert. Sie haben gewiß schon oft gehört, und es ist auch nachgewiesen, daß der Körnerbau nicht mehr im rentablen Verhältnis steht zu seinen Auslagen, den Arbeitslöhnen; das ist der wesentliche Grund, weshalb der Körnerbau zurückgegangen ist. Ich möchte behaupten, daß Millionen von Zentnern in unseren deutschen Reiche noch gebaut werden können, wenn die Preise annähernd so wären, daß es sich rentierte.

Die Handelsartikel sind ja früher in Deutschland in der Hand von kleinen Betrieben gewesen, namentlich von solchen Betrieben, wo ein Kleinbauer in den eigenen Leuten Arbeitskräfte zur Verfügung hatte und in der Lage war, sich mehr dem Tabakbau, Zuckerrüben, Zichorienbau, und wie die Artikel alle heißen, zu widmen. Heute ist durch die niedrigen Körnerpreise ein Verhältnis eingetreten, daß auch der größte Betrieb zu Handelsartikeln greift, und was sind die Folgen? Daß wir gerade in diesem Gebiet jetzt eine sogenannte Ueberproduktion zu verzeichnen haben. Eine Ueberproduktion bringt allerdings mit sich, daß die Preise sinken, trotzdem auf der andern Seite die Arbeitslöhne in die Höhe gehen. So ist beispielsweise im Kraichgaugebiet der Zichorienbau noch vor 20 und 25 Jahren ein sehr lohnender gewesen, eine Haupteinnahmequelle der dortigen Einwohner. Wie stehen heute die Verhältnisse? Es sind die Preise im Vergleich zu denen vor 30 Jahren um 40 Proz. gesunken, sie stehen nicht mehr im Verhältnis zu den Produktionskosten.

Mit dem Tabakbau ist es auch nicht anders, es geht anstatt vorwärts rückwärts, und es ist auch kein Wunder. Man spricht von Schutzoll beim Tabakbau. Wir haben aber bisher absolut keinen Schutzoll gehabt; ich will es Ihnen kurz auseinandersetzen: Es hat der inländische Tabak bisher eine Steuer mit 18 Mk. pro Zentner gehabt. Hier ist das ganze Rohmaterial, wie es zur Wage gebracht wurde, zur Versteuerung gelangt. Wenn man in Betracht zieht, daß oft in geringen Jahrgängen 30 bis 50 Proz. minderwertige Ware, die nicht verwendet werden kann, doch versteuert werden muß, so erhöht sich die Steuer, welche sich auf die zu verwendende Ware erstreckt, auf 40—50 Proz.; das ist eine Steuer, die nicht im Verhältnis steht zu dem Zoll des ausländischen Tabakes, der mit 40 Mk. pro Zentner berechnet wird; der Tabak kommt fortirt, häufig entrippt, Blatt für Blatt gute Ware, was verwendet werden kann, über die Grenzen. Unser Tabak steht also auf nahezu 40 Mk. Steuer, steht so hoch, wie der Eingangszoll von ausländischem Tabak beträgt. Sie sehen, daß dem inländischen Tabak der genügende Schutz, der ihm gebührt, nicht zuteil wird und infolgedessen geht der Tabakbau von Jahr zu Jahr zurück. Ich kann nur meinem Bedauern Ausdruck geben, daß gerade im Reichstag man mit der Tabaksteuer, namentlich mit dem Tabakzoll nicht in richtiger Weise vorwärtsgeht, und daß die süddeutsche tabakbauende Bevölkerung absolut keinen Schutz in dieser Hinsicht hat.

Nun ein Wort zur Viehzucht. Da möchte ich auch heute wieder eine Ausführung zitieren, die vor 2 Jahren von dem Herrn Kollegen Muser gefallen ist. Er hat uns dort zugetruhen: Die hohen Körnerpreise sollen wir doch namentlich für Brotfrüchte uns aus dem Kopfe schlagen, das Brot, die Körner, müssen billiger werden, es biete für uns keine Einnahmequelle mehr, dagegen sollten wir uns der Viehzucht zuwenden, dort seien noch Millionen zu holen. — Ich gebe zu, daß in der Vieh-

zucht noch sehr viel zu erreichen ist, daß wir noch lange nicht den Höhepunkt erreicht haben, wie manche glauben. Aber als praktischer Bauer weiß ich doch, daß eine Kuh unter günstigen Verhältnissen im Jahr nur ein Kalb bringt und wenn das Kalb vorfrühtig aufgezogen wird, können die Einnahmen, das gebe ich zu, vermehrt werden. Immerhin ist der Rörnerbau ein Faktor, der unbedingt nötig ist, wenn eine rationelle Viehzucht betrieben werden soll. Es ist das Stroh nötig für den Viehstand und die Rörnerabfälle können entsprechend verwendet werden. Auch auf diesem Gebiete kann ich sagen, ist vonseiten unserer Regierung sehr viel getan worden. Es sind hauptsächlich die staatlichen Prämierungen, welche die Viehzucht im ganzen Land, im Oberland wie im Unterland, gefördert haben. Man hat stets auf die richtige Rassenzüchtung und auch auf die rationelle Fütterung verwiesen. Die staatliche Prämierung wird von mancher Seite kritisiert in der Weise, daß man oft einseitig mit Prämierungen vorgehe, daß man sehr häufig den Mann prämiert und nicht das Stück Vieh. Ich bin schon seit 20 Jahren in diesem Gebiet tätig und kann nur sagen, daß man da immer unparteiisch vorgegangen ist, daß man zu jeder Zeit möglichst größte Rücksicht für gutes Arbeitsvieh genommen hat. Man hat solches Vieh immer dem gemästeten Stallvieh vorgezogen. Dieser Vorwurf ist also unbegründet und ich kann ihn, soweit es meinen Bezirk betrifft, als unrichtig zurückweisen.

Die Nachweisungen, welche die Statistik uns bringt bezüglich der Viehzucht im allgemeinen, weisen ebenfalls nach, daß wir im Rückstand sind, insofern im Rückstand, daß unsere Viehzucht nicht in dem Verhältnis zugenommen hat wie die Einwohnerzahl des Deutschen Reiches. Hier ist es jedenfalls auch wichtig, daß wir den Grund verfolgen, warum die Viehzucht nicht in der Weise fortgeschritten ist. Der Grund ist einfach der, weil eben durch die verheerenden Seuchen, die stets in unserem Deutschen Reich infolge ungenügenden Schutzes grassiert sind — so ist beispielsweise die Maul- und Klauenseuche nie aus dem Lande herausgekommen —, manchem Viehzüchter die Viehzucht verleidet wurde. Es sind gerade in Unterländerbezirken, in der Pfalz, sehr viele große Betriebe in viehlose Wirtschaftsbetriebe umgewandelt worden, es wird kaum mehr Vieh gehalten aus dem Grunde, weil es sich nicht rentiert. Diese viehlosen Wirtschaftsbetriebe machen im allgemeinen ganz gute Geschäfte; ob es aber auf die Dauer geht, das möchte ich bezweifeln, überhaupt halte ich den Betrieb für einen abnormen, der auf die Dauer jedenfalls nicht gehalten werden kann.

Der Herr Kollege Schüler hat vor zwei Jahren ausgeführt und heute hat es auch der Herr Kollege Morgenstaler wieder erwähnt, daß die staatliche Versicherung gegen Milzbrand, Rauschbrand auch auf tuberkuloses Vieh ausgedehnt werden soll. Ich muß sagen, vor zwei Jahren war mir die Ausführung sehr sympathisch. Ich habe aber die Anregung näher verfolgt und bin wieder davon abgekommen aus dem Grunde, weil ich mir sagen mußte, wenn wir eine staatliche Versicherung des tuberkulösen Viehs hätten, die sich allein auf das Großherzogtum Baden erstrecken würde, so hätten wir den Zugang, den Herd vom ganzen Deutschen Reich — und auch vom Ausland! Es würde sämtliches Vieh, was als krank und als verdächtig bezeichnet würde, eben in unser Land gebracht werden, weil man dort eine staatliche Versicherung hätte. Sie beruht auf Gegenseitigkeit und würde uns sehr teuer zu stehen kommen. Wenn im Deutschen Reich durch Gesetz eine solche Versicherung eingeführt werden könnte, dann wäre man aber in der Lage, aufgrund des Reichs-Seuchengesetzes eine strengere Kontrolle ausüben zu können; dann kämen wir eher zu einem richtigen Resultat.

Die Viehverversicherungen im allgemeinen, von denen bisher sehr wenig gesprochen worden ist, prosperieren ja alle; und ich bin überzeugt, daß sie in jeder Beziehung einen genügenden Schutz bieten — wenn sich nur die Landwirtschaft genügend zugänglich zeigt, sich der Versicherung anzuschließen. Es sind ja, wie Sie aus dem Berichte ersehen, bedeutende Zuschüsse, die jedes Jahr gegeben werden; nicht allein Zuschüsse für Verwaltung und Betrieb, sondern auch für Tierärzte und für alle mögliche Bedürfnisse, so daß die Umlage an und für sich keine allzuhohe ist. Wir können uns auf keine weitere Versicherung mehr einlassen, und ich meine, wir wollten darauf hinwirken, unsere Landwirte, namentlich die kleineren Landwirte, für diese staatliche Viehverversicherung zugänglich zu machen. Bedauerlich ist allerdings, daß sie sich so schwer Eingang verschafft und daß noch Millionen von Viehbeständen in unserem Lande sind, die noch nicht versichert sind.

Die Schweinezucht wurde auch von den verschiedensten Seiten erwähnt. Ich will mich darauf beschränken, nur das Eine zu sagen: In Anbetracht der hohen Schweinefleischpreise ist die Schweinezucht ein wichtiger Faktor für uns geworden, wir müssen ihr mehr Aufmerksamkeit zuwenden, als das bisher der Fall war. Daß die Schweinezucht auch für sich rückständig geblieben ist, wie die Statistik nachweist, hat seinen Grund lediglich in den oft mißlichen Verhältnissen dieser Viehzucht. Es kommen da gerade für die Schweinehaltung die verheerenden Seuchen in Betracht; sie waren bei uns namentlich im Hochsommer derart stark verbreitet, daß es nicht mehr möglich war, überhaupt Schweine zu halten; man mußte im Frühjahr seinen Bestand vollständig ausverkaufen, und im Späthjahr wieder Schweine einkaufen, damit der Landwirt nur seinen eigenen Bedarf decken konnte. Von einer rationellen Zucht, von einer Zucht, wobei man Schweine verkaufen konnte, war in den letzten Jahren keine Rede mehr.

Durch unser Reichs-Seuchengesetz ist dies besser geworden. Das Impfen hat sich vorzüglich bewährt; die Seuchen, die man früher nicht bekämpfen konnte, sind jetzt auch im Abnehmen begriffen und treten seltener mehr auf, so daß die Landwirtschaft wieder mehr Lust und Liebe zur Schweinehaltung zeigt. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß wir auf diesem Gebiete bald wieder eingeholt haben werden, was seit einer Reihe von Jahren darnieder gelegen ist. Die Hauptsache ist immer, daß das Reichs-Seuchengesetz in richtiger, schneidiger Weise gehandhabt wird.

Das Prämierungsverfahren bezüglich der Schweine hat manchen Nachteil. Erstens haben wir hierfür, wie es heute schon angeführt worden ist und wie dies gestern auch der Herr Berichterstatter angeführt hat, zu wenig Mittel — und zweitens dauert es oft zwei bis drei Jahre, bis in einem Bezirk eine Prämierung stattfindet. Wenn nun ein Schweinezüchter eines prämiierungsfähigen Tieres nicht das Glück hat, daß gerade in seinem Bezirk eine Prämierung stattfindet, dann ist er genötigt, stundenweit das Tier zu transportieren. Das ist mit Unkosten und Geldopfern verbunden und hält den Züchter ab, sich überhaupt an dem Wettbewerb um die Prämierung zu beteiligen.

Wenn vielleicht die Prämienhöhe etwas niedriger gehalten werden, und damit erreicht werden könnte, daß bei jeder Prämierungsstation auch in jedem Jahr eine Prämierung stattfindet, so wäre damit weit mehr erreicht als unter dem jetzigen Prämierungsmobus. Das Schwein ist an und für sich ein schnellwüchsiges Tier; es ist bei der Schweinezucht nicht wie bei der Rindviehzucht, nach einem Jahr ist das Tier oft nicht mehr da, es wird veräußert — und der Bewerber ist dadurch seiner Prämie verlustig.

Ein Wort zu den Sparkassen- und Kreditgenossenschaften im allgemeinen. Sie sind, wie wir auch schon gehört haben, von wohlthätigster Wirkung, namentlich für solche Landwirte, die darauf angewiesen sind, mit fremden Mitteln zu arbeiten; und es ist ja auch unsere Pflicht, daß wir den weniger bemittelten Bauern unter die Arme greifen, daß wir ihm auf einfache, billige Art Geldmittel zu schaffen suchen. Darin ist aber unser Grundbuchwesen und namentlich unser Hypothekenwesen ein gewaltiges Hindernis. Es ist ein Krebschaden für unsere kleinen Landwirte, wenn ein Vertrag, den der Bauer, wenn er Geld braucht, machen muß, heute das Dreifache kostet als wie früher nach unserem alten Grundbuchwesen; es kostete ein solcher Vertrag im Güterwert von 10000 M. nach meiner Zusammenstellung früher ungefähr 10—12 M.; derselbe kommt heute im allgemeinen auf 25—30 M. Das hat seinen Grund lediglich darin, daß bei einem solchen Vertrag dem kleinen Grundbesitzer jede einzelne Parzelle, die aufgeführt wird, außer der Grundtage noch mit 20 Pfg. belastet wird. Das gibt für den unbemittelten Bauer eine unerschwingliche Summe. Anders liegt die Sache im Gewerbebetrieb, namentlich in den Städten. Dort bildet das Haus ein einziges Objekt, das mit einer Grundtage von 2 Mk. berechnet wird.

Hier sollte darauf hingewirkt werden, daß man gerade den Unbemittelteren ermöglicht, sich auf eine billigere Art Geld zu verschaffen, als wie dies bisher der Fall ist. Was nützt es uns, wenn der Bauer vielleicht ein Viertel Prozent weniger bezahlt, wenn er aber gleich von vornherein den dreifachen Betrag für den Vertrag zu entrichten hat, gerade in der Zeit, wo er das Geld am nötigsten braucht; es sind das schwere Opfer für ihn, die den Mann hart drücken.

Ich komme nun zu dem Versicherungswesen, von dem ebenfalls schon gesprochen worden ist. Das Versicherungswesen im allgemeinen ist — das werden Sie alle zugeben — ein wichtiger Faktor für die Landwirtschaft treibende Bevölkerung, dessen Betriebe auf einer sicheren Grundlage ruhen soll. Wenn man bedenkt, was bei einem Landwirtschaftsbetrieb am Versicherungswesen drum und dran hängt — es sind beispielsweise Feuerversicherung; Lebensversicherung; Hagelversicherung; Viehversicherung; Unfallversicherung; Haftpflichtversicherung, und wie sie alle heißen — so ist keine einzige Versicherung dabei, wo ich sagen könnte: Sie ist überflüssig. Sie sind alle nötig, und wenn ein Bauer von mir über jede einzelne dieser Versicherungen eine Auskunft wünschte, so müßte ich ihm jede einzelne als dringend notwendig empfehlen. Aber das Versicherungswesen ist für den Bauer eine schwere, eine drückende Last und gibt ihm auch zu großen Sorgen Veranlassung, bis alle diese Prämien bezahlt sind. Es ist deshalb auch unsere Pflicht, mehr darauf hinzuwirken, daß das Versicherungswesen im allgemeinen unter staatliche Aufsicht gestellt, und daß auch aus staatlichen Mitteln möglichst dazu beigetragen wird, daß die Prämien möglichst niedere sind.

Eine weitere Angelegenheit, die auch in das Versicherungswesen einschlägt, das ist der berüchtigte § 333 des BGB. (Zurufe), mit dem sich auch der Landwirtschaftsrat seinerzeit schon beschäftigt hat. Der Paragraph lautet:

„Wird durch ein Tier ein Mensch getötet, oder der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt oder eine Sache beschädigt, so ist derjenige, welcher das Tier hält, verpflichtet, dem Verletzten den daraus entstandenen Schaden zu ersetzen.“

Das ist ein recht harter, ein bedenklicher Paragraph. Ich kann Sie versichern, der Paragraph hat schon

manchen Landwirt um Hab und Gut gebracht. Es sollte doch energisch darauf hingewirkt werden, daß eine Abänderung des Paragraphen dahingehend erzielt wird, daß, wenn ein Landwirt eine Anordnung getroffen hat, welche den gesetzlichen Vorschriften entspricht, wie auf dem Gebiet der Industrie auch, man ihn nicht noch nachträglich für weitere Schäden haftbar machen kann.

Ein Wort zur Schulbildung. Eine gute Schulbildung ist nicht nur ein Faktor für den Gewerbebetrieb, sondern auch für die Landwirtschaft. Es ist aus dem Bericht zu ersehen, daß die landwirtschaftlichen Winterschulen im allgemeinen gut prosperieren. Aber mit den landwirtschaftlichen Winterschulen ist uns auf die Dauer nicht geholfen. Ein Blick auf das flache Land beweist uns, daß es vorkommt, daß aus einem Dorf vielleicht ein einziger Schüler die Schule besucht und oft wieder Jahre vergehen, bis ein anderer Schüler aus diesem Dorf die Schule besucht. Es sind im Verhältnis zu wenig Schüler, denen die Schule zugänglich gemacht wird, und dann sind es meist Söhne der besser bemittelten Kreise. Die minderbemittelten Kreise der landwirtschaftlichen Bevölkerung haben keinen Vorteil von diesen Schulen. Wir müssen uns daher mit einem Gedanken vertraut machen, der weiter geht und sich nicht nur auf landwirtschaftliche Winterschulen beschränkt, der sich erstreckt auf das flache Land und auch den Minderbemittelten den Besuch der Schule möglich macht. Man hat mit der Einrichtung gewerblicher Fortbildungsschulen wirklich recht gute Erfahrungen gemacht. Ich kann aus eigener Erfahrung sagen, daß durch die Fachschulen die jungen Leute herangezogen werden, daß sie wirklich fleißig und aufmerksam alles das, was in ihr Fach einschlägt, sich zu Herzen nehmen. Namentlich im Baufach haben wir jetzt schon eine Generation herangezogen, die, wenn sie auch nicht selbständig Pläne aufertigen kann, doch nach den Plänen arbeiten und selbständige Ueberschläge machen kann. Die Gemeinden haben keine besonderen Unkosten dafür, die Lehrkräfte werden aus Staatsmitteln bezahlt, die Gemeinden haben nur die Lokale zu stellen und für Beleuchtung und Heizung aufzukommen. In der gleichen Weise könnten wir auch hier vorgehen, und ich glaube, behaupten zu können, daß schon einzelne Länder in Deutschland vorangegangen sind, ähnliche Fachschulen für die Landwirtschaft einzurichten. Ich weiß wohl, daß das bei dem jetzt herrschenden Lehrermangel ein Ding der Unmöglichkeit ist, aber immerhin möchte ich Ihnen diese meine Anregung empfehlen. Ich verspreche mir davon noch weit mehr, als von landwirtschaftlichen Winterschulen, wenn ich auch alle Hochachtung vor dem Betrieb der landwirtschaftlichen Winterschulen habe; ich bedaure nur das eine, daß sie der landwirtschaftlichen Bevölkerung so wenig zugänglich sind.

In gleichem Maße ist die Errichtung von Haushaltungsschulen nicht minder wichtig als die von Winterschulen. Ich habe in meiner Gemeinde selbst eine solche Haushaltungsschule, sie ist Eigentum des Kreises Heidelberg, und ich kann nur sagen, daß die Schule vorzüglich prosperiert. Die Kurse sind fünfmonatlich und eine Zahl von weit über 800 Schülerinnen hat die Schule schon besucht. Die Schule ist auch von segensreicher Wirkung. Die Schülerinnen werden praktisch und theoretisch unterrichtet, und es ist eine Lust zu sehen, wie die Schülerinnen Lust und Liebe für häusliche Arbeiten zeigen, was leider bei der jetzigen Erziehungsmethode oft im Hintergrunde steht. Ich weiß aus Erfahrung, daß, wo Mann und Frau ihren Berufsansforderungen gewachsen sind und sie ihrem Betrieb vorstehen können, sie noch immer gut existieren können; aber traurig sieht es aus, wo das nicht der Fall ist, namentlich wo die Frau ihrer

Aufgabe nicht gewachsen ist. Es sagt ein altes Sprichwort: ein Bauer kann mit vier Pferden nicht in den Hof hineinfahren, was die Frau, die nicht zu wirtschaften versteht, in der Schürze hinaustragen kann. Dem kann vorgebeugt werden durch eine gute Schulbildung, eine theoretische und praktische Ausbildung auch des weiblichen Teils der Bevölkerung.

Bedauerlich ist, daß bei den Schülerinnen, die sich doch hauptsächlich aus dem Bauernstand zusammensetzen, eine gewisse Abneigung gegen den Bauernstand eingetreten ist. Keine Bauernochter will einen Bauern mehr heiraten. Trotz der vielen Lamentationen, trotz der vielen Petitionen, die in diesem Hause eingelaufen sind über die Notlage der Beamten, geben sie diesen dennoch den Vorzug, nehmen sie den Beamten immer noch lieber als einen Bauer.

Im allgemeinen kann ich sagen, daß in dem Kleinbetriebe, wo der Bauer mit eigenen Arbeitskräften zu rechnen hat und alles selbst versehen kann, der Betrieb immer noch rentabel ist. Anders ist es, wenn der Bauer genötigt ist, fremde Arbeitskräfte in seinem Betrieb zu verwenden; dann stehen die hohen Arbeitslöhne wirklich nicht im Verhältnis zu den Einnahmen. Es ist hauptsächlich auch die Dienstbotenfrage, die dem Bauern, namentlich dem größeren Bauer, den Betrieb oft recht verleidet. Der Bauer ist oft der Spielball seines Personals geworden. Die Dienstbotenfrage ist auf dem Lande eine brennende, eine allgemeine geworden, sie gibt auch wirklich einen guten Grund zur Unzufriedenheit. Durch das allzu lohale Gesetz hat man eine gewisse Sorte Dienstboten herangezogen, die wie Zugvögel von einem Haus, von einem Hof zum andern gehen. Sie lassen sich gewohnheitsmäßig im Winter irgendwo durchfüttern und gehen im Frühjahr in eine andere Stelle. Das Gesetz gibt dem Dienstherrn allerdings die Möglichkeit, daß er die Hälfte des Vierteljahrslohns als Entschädigung zurückbehalten kann. Aber auf der anderen Seite hat der Dienstbote wieder die Möglichkeit, im Frühjahr so und so viel mehr Lohn zu verlangen, daß er Ersatz für diesen Abzug findet. Es ist Tatsache, daß der Dienstherr im Vertrag, den er mit den Dienstboten abschließt, keinen richtigen Schutz hat, daß dadurch Unregelmäßigkeiten in den Betrieb kommen und dem Bauern das ganze Geschäft verleidet wird.

Ich käme nun mit einigen Worten noch zum Gartenbau. Die Vorstände der Gartenbauvereine beklagen sich bitter darüber, daß sie keine Mittel zur Hebung des Gartenbaues in unserem Budget finden. Sie sind jeweils auf die Mittel angewiesen, die im landwirtschaftlichen Budget im allgemeinen enthalten sind. Sie haben durch Vorlagen, durch Nachweise um jede einzelne Position einzukommen, sie müssen jeden einzelnen Betrag sozusagen herausbitteln, und das ist für die Vereinsvorstände, namentlich die Leiter der Vereine, eine mühselige Sache. Früher war es anders, da hatte man 1500 M. für den Gartenbau bestimmt; das sollte auch in Zukunft wieder der Fall sein, namentlich, wenn man bedenkt, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit diese Gartenbauvereine von 15 Vereinen, die ursprünglich vorhanden waren, mit 1800 Mitgliedern auf 32 Vereine mit 2500 Mitgliedern angewachsen sind, und wenn man in Betracht zieht, wie sich die Aufgaben der Gartenbauvereine vermehrt haben. Sie erstrecken sich nicht nur auf den Feldgemüsebau, was ja ein sehr wichtiger Faktor geworden ist, sondern auch auf Obstkulturen, auf Spalierobst hauptsächlich, und was sonst die Produkte sind, die in diesem Gebiet einschlagen. Belehrend zu wirken kostet Geld, und hier sollte die Regierung offene Hände zeigen, und sollte genügend Mittel

einstellen, daß die Vorstände in der richtigen Weise vorgehen können.

Mit eifrigem Fleiß, das kann ich Sie versichern, mit Fähigkeit, mit großen Entbehrungen hängt der Bauernstand an seiner Scholle. Wir wollen ihm das nicht verleiden, im Gegenteil, wir wollen ihm beratend und unterstützend zur Seite stehen. Wir wollen keinen Bauernstand, wie ich schon gesagt habe, heranziehen, der die Hände in den Schoß legt, im Gegenteil, wir wollen immer anregend wirken, und ihnen alles zugänglich machen, was dazu beiträgt, den Betrieb zu heben, die Landwirtschaft zu fördern; das soll unsere Aufgabe sein (Bravo!).

Minister Dr. Schenkel: Aus dem seitherigen Gang der Verhandlungen kann man entnehmen, daß im Gebiete der Landwirtschaft noch vielerlei zu bessern und zu wünschen ist, daß aber eine Krise, ein wirklicher Gebiete vorbanden gewesen ist, jetzt nicht mehr besteht. Man kann sogar aus den seitherigen Erörterungen den Eindruck gewinnen, daß es vorwärts geht auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft, vorwärts in technischer und in wirtschaftlicher Beziehung. Es ist ja nur ein dunkler Punkt namentlich, der unsere Landwirtschaft an dem Fortschritt hindert, ein Punkt, der merkwürdigerweise in den seitherigen Verhandlungen kaum berührt worden ist, das ist die Schwierigkeit, Kräfte zu gewinnen und festzuhalten, die in der Landwirtschaft helfend mitarbeiten. Im übrigen ist von einigen Seiten geltend gemacht worden, daß wenigstens in einzelnen Zweigen der Landwirtschaft, ein Rückgang hervorgetreten sei; namentlich hat der Herr Abg. v. Menzingen beklagt, daß der Getreidebau und die Fläche, die dem Getreidebau gewidmet ist, sich beständig mindert. Auch ich halte es für durchaus geboten, daß unsere bäuerliche Bevölkerung nach wie vor dieses hochwichtige Erzeugnis der Landwirtschaft hervorbringt, und daß die staatliche Förderung auch die Hebung des Getreidebaues, so weit es notwendig ist, im Auge behalte. Es ist ja richtig, daß die Flächenzahl, die dem Getreide gewidmet ist, seit einer Anzahl von Jahren sich im Rückgang befindet. Nach unseren statistischen Mitteilungen waren im Jahre 1893 für den Getreidebau im ganzen 28 Proz. der gesamten Ackerbaufläche, also nahezu noch ein Drittel der gesamten Fläche gewidmet, im Jahre 1903 war diese Fläche auf 25,6 Proz. zurückgegangen. Gewiß bedarf die bäuerliche Wirtschaft des Getreidebaues schon wegen des eigenartigen Wechsels der Produktionsgegenstände, auf dem diese Wirtschaft aufgebaut ist; aber auch unser Volk bedarf der inländischen Erzeugung des Getreides, und zwar mit Rücksicht darauf, daß, wie das mein leider verstorbenen Kollege Buchenberger ausgeführt hat, Zeiten eintreten könnten, wo einmal die Zufuhr dieses wichtigsten Nahrungsmittels wenn auch nicht vollständig abgeschnitten, so doch sehr vermindert ist. Aber dieser Rückgang der dem Getreidebau gewidmeten Fläche darf uns in keiner Beziehung ängstlich machen; denn es entspricht diesem Rückgang in der Fläche keineswegs auch ein Rückgang in der Menge des tatsächlich produzierten Getreides. In dieser Beziehung hat unsere Landwirtschaft sehr erhebliche Fortschritte gemacht. Es ist namentlich durch die Anwendung des künstlichen Düngers, durch bessere Auswahl des Saatgutes und überhaupt durch rationellere Betrieb allein in den letzten acht Jahren eine sehr erhebliche Vermehrung der Menge des auf dem Hektar erzeugten Getreides, wie überhaupt eine sehr erhebliche Vermehrung der auf dem Hektar erzeugten Früchte herbeigeführt worden. Nach unserer Statistik hier ist seit dem Jahre 1896 die Erzeugung für diese verschiedenen Arten von Frucht-

ten bis zum Jahre 1903 in folgender Weise gestiegen: Auf dem Hektar wurden im Jahr 1896 erzielt im ganzen Großherzogtum an Winterweizen 14,4 Doppelzentner, im Jahre 1903 16,9 Doppelztr., es ist also die Erzeugung um 2,5 Doppelztr. auf das Hektar durch rationelleren Betrieb der Landwirtschaft gewachsen. Ähnlich verhält es sich auch mit andern Früchten; in den gleichen Jahren 1896 bis 1903 ist beim Sommerweizen eine Steigerung eingetreten von 13,9 auf 16,1, beim Winterpelz von 16,7 auf 18,6, beim Sommerroggen von 9,6 auf 12,5, beim Hafer von 14,4 auf 15,6 und endlich bei den Kartoffeln von 95,2 auf 117,4 Doppelzentner. Es ist also, obgleich die Fläche für den Getreidebau zurückgegangen ist, die gesamte Produktion an Getreide in unserem Lande infolge dieser Erhöhung der Produktionstechnik wesentlich gestiegen, und es ist daher eine Verjüngung, wie sie etwa der Herr Abg. v. Mengingen an diese Erscheinungen knüpfen möchte, nicht gerechtfertigt.

Ähnlich verhält es sich auch mit dem für unser Land ja außerordentlich wichtigen Tabakbau, bezüglich dessen der Herr Abg. Kemwirth bemerkt hat, es sei ein beständiger Rückgang hervorgetreten. Auch in dieser Beziehung ist nur richtig, daß sehr große Schwankungen des Tabakanbaues von Jahr zu Jahr zu bemerken sind; es schwankt die in unserem Lande mit Tabak bepflanzte Fläche im Durchschnitt von 7000 bis auf 9000 Hektar. Durchschnittlich ist aber in den letzten 40 Jahren kein Rückgang des Tabakbaues in unserem Lande hervorgetreten, und es ist deshalb auch nicht zuzugeben, daß die feinerzeit erfolgte Einführung der Tabaksteuer nach dem Gewichte eine erhebliche Verminderung des für unsere badische Volkswirtschaft außerordentlich wichtigen Tabakbaues bewirkt hat.

Endlich ist ein dritter Faktor für unsere Landwirtschaft außerordentlich wichtig, das ist die Viehzucht. In dieser Beziehung ist, wie das der Herr Abg. v. Mengingen auch schon getan hat, hervorzuheben, daß ein die Viehzucht förderndes Moment darin liegt, daß die Anbaufläche, die den Futtergewächsen in unserem Lande gewidmet ist, beständig im Zunehmen begriffen ist; im Jahre 1893 waren von der gesamten Ackerbaufläche 16,6 Proz., im Jahre 1903 20,6 Proz. mit Futtergewächsen bepflanzt. Aber es ist das insofern unbedeutlich, weil, wenngleich die Getreidefläche zurückgegangen ist, doch die Gesamtproduktion an Getreide durch dieses Vorschreiten der mit Futterpflanzen bebauten Fläche in keiner Weise zurückgedrängt wurde. Im übrigen kann man es nur begrüßen, daß die Futterproduktion unserem Lande, und zwar unter der Förderung der Groß. Regierung, die ja namentlich durch die Tätigkeit der Kulturinspektionen in dieser Beziehung einen sehr wesentlichen Einfluß ausübt, vorwärts schreitet. Denn das wird doch wohl von keiner Seite bestritten, daß im großen und ganzen immer noch die Viehzucht den noch rentabelsten Zweig unserer Landwirtschaft bildet. Daß die Viehproduktion im Laufe der letzten zehn Jahre oder seit Anfang dieses Jahrhunderts zurückgegangen ist, das kann aber niemand mit Grund behaupten. Es treten ja große Schwankungen in der Zahl der Tierstücke nach den jährlichen Viehzählungen ein; namentlich hat die letzte Viehzählung ergeben, daß der Schweinevorrat in unserem Lande sich sehr erheblich gemindert hat. Aber gerade bei den Schweinen sind, weil es ja ein sehr raschwüchsiges Tier und die Aufzucht der Schweine sehr von dem Ergebnisse der Kartoffelernte eines Jahres abhängig ist, solche große Schwankungen nichts Auffälliges, was zu besonderen Befürchtungen Anlaß geben könnte. Vielmehr ist zu hoffen, daß, nachdem der Schweinepreis so erheblich

die Höhe gegangen ist, sich die Züchter unseres Landes mit vermehrter Anstrengung auf die Schweinezucht werfen werden. Die Rindviehzucht und auch die Pferdezüchtung ist in beständigem Fortschreiten begriffen, wie sich aus der durchschnittlichen Zahl der alljährlich gezählten Viehstücke ergibt; man darf übrigens nicht lediglich auf die Zahl Rücksicht nehmen; namentlich ist auch die Qualität des Viehes, des einzelnen Stückes, in unserem Lande von Jahr zu Jahr eine bessere geworden.

Wenn sonach wohl mit Recht gesagt werden kann, daß sich im großen und ganzen unsere Landwirtschaft, wenigstens in den Hauptzweigen, in einem gesunden, freilich nur allmählichen Fortschritt befindet, so ist die Ursache davon vor allem auf den Landwirt selber zurückzuführen, der in unserer Zeit sehr wohl weiß, daß er als Bürger der modernen Welt sich die erforderlichen Kenntnisse in technischer und wirtschaftlicher Beziehung verschaffen muß, die Kenntnisse, die notwendig sind, um für den erweiterten Markt dasjenige zu produzieren, was auf ihm verlangt wird. Der zweite Grund dafür ist, daß die Landwirte gelernt haben — und das ist den Landwirten wohl schwerer geworden, als allen anderen Gruppen unserer Bevölkerung —, daß sie nur im Zusammenschluß miteinander ihren wirtschaftlichen und ihren technischen Fortschritt auf den wichtigsten Gebieten erreichen können. In erster Linie ist also unserer bäuerlichen Bevölkerung, vereinzelt und in ihren Genossenschaften, die Anerkennung, die ja auch heute schon von verschiedenen Seiten ausgesprochen worden ist, zu spenden, daß sie selbst die Ursache für den Fortgang unserer Landwirtschaft ist.

Daneben ist natürlich auch von nicht zu unterschätzender Bedeutung gewesen, daß seit einer Reihe von Jahrzehnten die Groß. Regierung, unterstützt durch den Landtag, auf einer Reihe von Gebieten der Landwirtschaft sehr erhebliche Mittel aufgewendet hat, um die Selbsthilfe anzuregen, die Technik und die Wirtschaftsweise der Landwirtschaft zu verbessern, den genossenschaftlichen Zusammenschluß der Landwirte zu fördern, daß sie der Landwirtschaft eine Anzahl von Beamten, Behörden und Anstalten zur Verfügung stellt, deren Rat und Hilfe die Landwirtschaft sich zu ihrer Weiterentwicklung meistens unentgeltlich bedienen kann.

Von ganz besonderer Bedeutung ist in dieser Beziehung das Genossenschaftswesen. Es hat nun der Herr Abg. Mengingen schwere Schäden in unserem Genossenschaftswesen zu entdecken geglaubt, an denen er, wenn ich ihn recht verstehe, auch der Regierung einigermaßen eine Schuld beimißt (Abg. v. Mengingen: Zuwiefern? Im Gegenteil!). Ich bin sehr erfreut, nunmehr zu hören, daß die Regierung nicht daran schuldig ist; dadurch wird mir die Erwiderung auf die Äußerungen des Herrn Abg. v. Mengingen sehr erheblich erleichtert. Er hat sich hauptsächlich darüber beklagt, daß die Getreidegenossenschaften, und zwar mit Unterstützung der Regierung, bei uns in einer Weise eingeführt worden seien, welche nicht anders bezeichnet werden könne, als eine Art von unlauterem Wettbewerb gegenüber anderen landwirtschaftlichen Vereinigungen. Ich muß, soweit etwa der Regierung in dieser Beziehung eine Schuld zugeschrieben werden soll, diese Äußerungen des Herrn Abg. von Mengingen als unrichtig bezeichnen. Die Frage, wie der Absatz des Getreides zu entsprechenden Preisen gefördert werden könne, ist seit der Mitte des vorigen Jahrzehnts allseitig von der Regierung im Zusammenhang mit den Vertretern der landwirtschaftlichen Bevölkerung, und zwar mit Vertretern der landwirtschaftlichen Bevölkerung aus allen Kreisen, erörtert worden. Man hat zunächst versucht, für sich vereinzelt Getreideabsatzgenossenschaften zu gründen. Diese Gründung ist nicht gelungen; ich

erinnere nur an die wieder eingegangene Getreideabsatzgenossenschaft in Eppingen. Man kam dann zu einem andern System; man sagte sich: wenn man wirklich lebensfähige und in den Wogen der Spekulation auch gegen die wirtschaftlichen Unfälle gesicherte Genossenschaften gründen will, so muß man sie mit einer zentralen Anstalt in Verbindung setzen, an deren Spitze eine auch in der Getreidespekulation, im Getreidegeschäft wohl erfahrene Persönlichkeit steht, und welche dort ihren Sitz hat, wo in unserem Lande der Mittelpunkt des Getreidehandels ist, mit einer zentralen Anstalt, welche die Aufsicht über die im Lande vorhandenen örtlichen Getreideabsatzgenossenschaften und ihre Lagerhäuser führt, die erforderliche Direktive gibt und die auch mit den erforderlichen, nicht unbedeutenden Betriebsmitteln, wie sie für ein größeres Getreidehandelsgeschäft nötig sind, ausgestattet ist. So gelangte man, nachdem man mit Vertretern der verschiedenen landwirtschaftlichen Gruppen sich besprochen hatte, dazu, daß man, entsprechend dem Vorschlage des Verbandes der landwirtschaftlichen Konsumvereine ein von diesem gegründetes Zentralbureau für den Getreideabsatz in Mannheim staatlich unterstützte, indem der Staat einerseits jährlich 6000 M. für den Betrieb dieses Bureaus zuschob und andererseits aus der Amortisationskasse gegen eine mäßige Verzinsung diesem Zentralbureau als Betriebsfonds für den genossenschaftlichen Getreideabsatz erhebliche Mittel leihweise zur Verfügung stellte. Erst als in dieser Weise eine zentrale Organisation für den Getreideabsatz unter dankenswerter Mitwirkung des Verbandes der landwirtschaftlichen Konsumvereine geschaffen war, erst dann war es möglich, nunmehr auch in den einzelnen Gegenden des Landes, in welchen eine solche Förderung des Getreideabsatzes notwendig und das Bedürfnis von den Beteiligten erkannt war, Lagerhäuser herzustellen. Diese von einzelnen Genossenschaften errichteten Lagerhäuser sind aus den Kreisen der Interessenten selber heraus geschaffen worden, unter Mitwirkung natürlich der landwirtschaftlichen Konsumvereine. Es ist ganz natürlich, daß bei dieser Organisation, wo der Verband der landwirtschaftlichen Konsumvereine die zentrale Leitung der Sache, namentlich des Verkaufsgeschäftes, und auch das Risiko im wesentlichen übernimmt, auch die einzelnen Getreideabsatzgenossenschaften mit diesem Verband in enger Verbindung stehen, also als landwirtschaftliche Genossenschaften dem Verbandsangehören müssen. Seither ist es gelungen, etwa zehn derartiger Lagerhäuser, einerseits im sogenannten Hinterland, andererseits in der Seegegend, herzustellen. Im großen und ganzen sind die Erfahrungen in der kurzen Zeit, seitdem diese Lagerhäuser und das Zentralbureau in Tätigkeit sind, noch nicht so umfassend, daß man schon ein endgültiges Urteil über das Wirken dieser Organisation abgeben kann; aber das kann man doch schon sagen: Es haben, wenigstens in manchen Bezirken, namentlich in den Bezirken des Hinterlandes, diese Lagerhäuser und der Getreideabsatz durch das Zentralbureau im Interesse der bäuerlichen Besitzer recht vorteilhaft gewirkt, und es wird diese Wirkung auch schon einmal erzieherisch, indem sie den Bauer veranlassen, daß er sein Getreide von vornherein in einer zum kaufmännischen Betrieb und Absatz geeigneten Form anbaut und absetzt. Sie wirken sodann auch insofern sehr zweckmäßig, als sie den Bauern die Sicherheit gewähren, daß sie den Preis für das verkaufte Getreide, und zwar einen verhältnismäßig guten Preis, sofort ausbezahlt bekommen, unter der Voraussetzung, daß sie preiswürdigen Hafer u. gutes Getreide an das Lagerhaus liefern; es sind dann auch die Preise, die die Lagerhäuser und das Zentralbureau bezahlen, wenigstens zum großen Teil nicht ganz unbedeutend höher, als diejenigen, welche die Händler bisher zu bezahlen gewohnt waren; und es hat namentlich das Be-

stehen der Lagerhäuser auch darauf hingewirkt, daß zum Teil die Händler selber sich entschlossen, bessere Preise als früher zu bezahlen. Endlich hat, besonders in jenen Gegenden, die Klage aufgehört, die man früher vielfach hat hören müssen, daß es gar nicht möglich sei, auch gutes Getreide abzusetzen; jetzt ist es dort überall möglich, daß das Getreide flott abgesetzt wird, wenn es gut ist. Aber ich muß zugeben, die Erfahrungen sind noch zu jung, als daß man jetzt schon über diese Einrichtung ein endgültiges Urteil abgeben kann, und ich verkenne gar nicht daß immerhin in einzelnen Gebieten über die Wirkung der Lagerhäuser noch gegenteilige Urteile gefällt werden, wie sie namentlich auch in den Äußerungen der Abgg. Weißhaupt und Brodmann, wenn ich sie recht verstanden habe, hervorgetreten sind. Die Regierung war bei der Unterstützung der auf Errichtung von Lagerhäusern gerichteten Bewegung im ganzen recht vorsichtig; sie hat namentlich, ehe sie eine Unterstützung aus den ihr vom Landtag zur Verfügung gestellten Mitteln für ein neues Lagerhaus gegeben hat, immer zuvor eingehend geprüft, ob wirklich nach Lage der Sache ein Bedürfnis nach einer solchen Neugründung anzuerkennen sei, und sie hat bedauert, daß an einigen Orten die Lagerhäuser, wie das namentlich in dem sogenannten Hinterlande der Fall zu sein scheint, sich etwas zu nahe gerückt sind, aus einer Art Ehrgeiz der Gemeinden, von denen jede ein eigenes Lagerhaus haben möchte. Die Regierung hat im Benehmen mit dem Verbande der landwirtschaftlichen Konsumvereine dafür gesorgt, daß eine Art Plan aufgestellt wurde, wie sich das Lagerhauswesen in unserem Lande nach den vorhandenen Bedürfnissen zweckmäßig zu gestalten haben wird, und sie wird diesen Plan, wenn es sich um die Errichtung neuer Lagerhäuser handelt, in Rücksicht ziehen. Man sollte doch im großen und ganzen der Regierung, und namentlich auch dem Verband der landwirtschaftlichen Konsumvereine dankbar sein, wenn sie derartige Lagerhäuser errichtet haben, und wenn durch diese Organisation ein gesicherter Getreideabsatz in großen Gebieten unseres Landes geschaffen worden ist. Wenn es ja so ginge, wie es nach den Erfahrungen des Herrn Abg. v. Wenzingen in Bayern gehen soll, daß man überall, wo ein Bedürfnis besteht, ein von der Regierung vollständig unabhängiges Lagerhaus gründen kann, und daß dieses Lagerhaus ohne staatliche Unterstützung prosperiert und mehr Einnahmen bringt, als die Betriebsausgaben betragen, so wäre das sehr schön. Bei uns ist es eben nach den Erfahrungen, die wir gegen Ende des vorigen Jahrhunderts gemacht haben, auf diese Weise nicht so gegangen.

Wenn der Herr Abg. v. Wenzingen verraten wollte, wie man das machen kann, ohne daß die Regierung etwas zuschießt, ohne daß die Amortisationskasse einen Teil der Betriebsmittel hergibt und ohne daß eine Verbindung mit einem die Geschäfte leitenden, die Verantwortlichkeit tragenden Zentralbureau besteht, dann bin ich ihm dafür sehr dankbar. Dann kann man wieder dazu schreiten, die von dem Herrn Abg. v. Wenzingen empfohlenen einzelnen Lagerhäuser im Lande mit für sich bestehenden an keinen Konsumvereinsverband angelehnten Getreideabsatzgenossenschaften zu gründen, und ich bin, namentlich auch dem Bauernverein, wenn er etwa etwas derartiges unternehmen sollte, durchaus dankbar. Es liegt gar nicht in der Absicht der Regierung, die wirtschaftlichen Unternehmungen des Bauernvereins, die ja parallel mit denen des Verbandes der landwirtschaftlichen Konsumvereine gehen, irgendwie zu hemmen. Ich für meinen Teil begrüße auch auf diesem Gebiet die Konkurrenz durchaus. Es kann nur besser werden, wenn mehrere Arten von Organisationen freilich sich nicht heftig bekämpfen, sondern in unserem Lande in friedlichem Wettbewerben nebeneinander für die gleichen Ziele wirken. Solche Organisationen sind vorhanden in unseren landwirtschaftlichen Konsumvere-

einen, wir haben sie in den Bauernvereinen und seiner Zentrale und noch in anderen Vereinen; ich wünsche und hoffe, daß alle nebeneinander solid und ohne heftigen Kampf für diese Ziele wirken, was ja im Grunde unserer Landwirtschaft nur zum Segen gereichen kann.

Der Herr Abg. v. Metzinger hat noch insbesondere darüber Klage geführt, daß den Mitgliedern einer Getreideabfußgenossenschaft vom Verband zur Pflicht gemacht worden sei, daß sie zur Deckung ihrer landwirtschaftlichen Bedürfnisse an Dünger-, Futtermitteln u. dgl. lediglich den Konsumverein, der das Lagerhaus gegründet hat, benutzen sollen; das steht im Zusammenhang damit, daß die Lagerhäuser sich ja nicht lediglich mit dem Getreideabfuß beschäftigen, vielmehr auch Futtermittel, Saatgut u. dgl. verkaufen. Der Regierung war nicht bekannt, daß vom Konsumvereinsverband den Mitgliedern der Getreideabfußgenossenschaften eine solche Auflage gemacht worden ist; auf eingezogene Erkundigung haben wir aber festgestellt, daß wirklich in einzelnen Fällen solche Auflagen gemacht wurden; wir haben dann dem betreffenden Verein zu erkennen gegeben, daß dies nicht den Absichten der Regierung entspricht. Wir wünschen keine Monopole, auch nicht Monopole hinsichtlich solcher Genossenschaften, die wir an sich für gemeinnützig erachten, und die daher aus der Kasse des Staates Unterstützung erhalten.

Auf den übrigen Gebieten des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens ist, wie das gestern und heute von mehreren Herren anerkannt wurde, im Verlaufe des letzten Jahrzehnts und namentlich seit Anfang dieses Jahrhunderts ein nicht unwesentlicher Fortschritt gemacht worden. Der Herr Abg. Müller hat freilich hervorgehoben, daß die Groß-Regierung es an der Unterstützung der Ziegenzuchtgenossenschaften etwas fehlen läßt, indem die dafür ausgesetzten Mittel in der letzten Budgetperiode nur etwa 1500 M. betragen haben; er hat sogar angeregt, ob man nicht für diesen Zweck einen Nachtrag in das Budget aufzunehmen hätte. Ich muß nun dem Herrn Abg. Müller darin vollständig zustimmen, daß gerade was die kleinen Leute anbetrifft, die Zucht der Ziege von Jahr zu Jahr eine größere Bedeutung gewinnt und namentlich die Ziegenmilch auch für die Ernährung der Kinder außerordentlich wertvoll ist. Das hat auch unsere Bevölkerung bereits begriffen. Ein anderes der Ziege vielleicht am nächsten verwandtes Tier ist in unserem Lande in beständigem Niedergang begriffen, nämlich das Schaf; im Jahre 1896 gab es im Großherzogtum noch 83 000 Schafe, im Jahre 1903 sind sie auf 57 000 zurückgegangen, und es wird dieses in gewisser Beziehung kultur-schädliche Tier allmählich im Laufe der Zeit, vielleicht bis zum Ende dieses Jahrhunderts, in unserem Lande fast verschwunden sein. Ganz anders geht es mit der Ziege; im Jahre 1870 waren im Lande erst 60 471 Ziegen, im Jahre 1903 aber schon 110 811. Dabei ist noch gar nicht in Erwägung gezogen, daß die Ziegen vom Jahre 1870 zum großen Teil sehr elende und verhungerte Tiere waren, während jetzt die Ziege, namentlich seitdem die Saaneziege aus dem Simmenthal eingeführt wird, seitdem auch die Wälderziege durch rationelle Zucht sich immer mehr verbessert, ein viel stattlicheres und mehr Milch gebendes Tier geworden ist. Die Groß-Regierung hat auch nie verkannt, welcher großer Wert der Ziegenzucht eigentlich mehr im Interesse der industriellen Bevölkerung und der Arbeiterschaft als im Interesse der eigentlichen Landwirtschaft beizulegen ist, und hat von jeher der Ziegenzucht erhebliche Unterstützungen zugewendet. Es ist sehr erfreulich, daß die Zucht der Ziege, und zwar sowohl unserer einheimischen Wälderziege als die der fremden Ziege und der Kreuzung, in be-

ständigem Fortschritt dadurch begriffen ist, daß sich in verschiedenen Gemeinden Ziegenzuchtgenossenschaften bildeten, und ich kann gegenüber der Äußerung des Herrn Abg. Müller nur hervorheben, daß wir bereit sind, mehr als seither solche Ziegenzuchtgenossenschaften, die sich ein den örtlichen Verhältnissen wohlangepaßtes Zuchtziel wählen, zu unterstützen. Dazu bedarf es keines Nachtrages im Budget, sondern wir können das aus der allgemeinen Position Nr. 38 tun und wir werden dann wohl voraussichtlich den Betrag von 1572 M. nicht unerheblich überschreiten.

Eine letzte Art der Genossenschaften, die heute erwähnt wurden, ist die landwirtschaftliche Unfallversicherungsgenossenschaft. Diese Genossenschaft hat aus dem Munde des Herrn Abg. Morgenthaler eine sehr harte Verurteilung gefunden. Er hat sich aber doch hier etwas zu scharf ausgedrückt, wenn er sagt, es sei diese landwirtschaftliche Unfallversicherung bei unserer ländlichen Bevölkerung das Verhaßteste, was man sich überhaupt denken kann; er hat wohl hierbei nur an die Leute gedacht, die die Beiträge zahlen; bei denen mag sie ja ziemlich verhaßt sein. Es gibt aber, und das ist aus der Rede des Herrn Abg. Morgenthaler selbst hervorgegangen, auch sehr viele Leute, die der Wohltaten dieser landwirtschaftlichen Unfallversicherung teilhaftig werden, und es sind das nicht bloß die Arbeiter, sondern es sind das auch alle Unternehmer, die kleineren und mittleren und großen. Jeder, der in der Landwirtschaft mitarbeitet, hat gegenüber der landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgenossenschaft Anspruch darauf, daß er oder seine Hinterbliebenen, wenn er verunglückt, die vorgesehene Rente erhalten. Diese Rente ist im großen und ganzen eine recht ausgiebige gegenüber demjenigen, was man früher, ehe dieses verhaßte Gesetz gegolten hat, bekam, wenn man verunglückte. Aber natürlich, ohne daß die Beteiligten dafür etwas zahlen, können die Renten nicht gegeben werden. Man wird ja zugeben können, daß ein gewisser übertriebener Renten hunger namentlich auch in der landwirtschaftlichen Bevölkerung, vorhanden ist, ein Hunger, der sich besonders dann zeigt, wenn die Rente einmal bewilligt ist, wenn aber die Voraussetzungen allmählich zurücktreten, unter denen die Fortbezahlung der Rente als gerechtfertigt erscheint. Ich sage das selbst auf die Gefahr hin, daß ich wieder in irgend einem Blatte der äußersten Linken die Etikette angeheftet bekomme, ich habe den Armen des Volkes das, was ihnen gebührt, entziehen wollen. Mit Recht hat der Herr Abg. Morgenthaler darauf aufmerksam gemacht, man sollte, damit die Last dieser landwirtschaftlichen Unfallversicherung, die sehr erheblich ansteigt und wenigstens in dem nächsten Jahrzehnt, bis der Beharrungszustand erreicht sein wird, immer noch mehr ansteigen wird, vermindert werde, darauf hinwirken, daß nicht Renten unter Voraussetzungen gegeben oder fortbezahlt werden, wo eine Erwerbsunfähigkeit von irgendwie erheblichem Grade nicht mehr vorliegt. Hiermit bin ich ganz einverstanden, aber Sache der Regierung kann es nicht sein, in dieser Beziehung eingzugreifen, sondern das ist Sache des Selbstverwaltungskörpers, nämlich der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft und ihrer Verwaltung; diese Genossenschaft kann sich auch die Organe schaffen und hat sie auch schon geschaffen, welche die Kontrolle über die Rentenempfänger ausüben, welche Vertrauensmänner und Ärzte anstellen, damit sie über die Rentenbewerber und Empfänger sowohl bei der ersten Bewilligung der Rente als wenn es sich um deren Zurückziehung handelt, eine Kontrolle ausüben. Auch nach meiner Ansicht haben die Vertrauensmänner der Berufsgenossenschaft eine recht schwierige Aufgabe. Wer sich mitten in der Ge-

meinde befindet, wo die Rentenempfänger leben, der ist mancherlei Anfechtungen ausgesetzt, wenn er durch sein objektives Urteil sozusagen die Ursache für den einzelnen mit ihm in nächster Gemeinschaft zusammenlebenden Menschen ist, daß dieser eine beantragte Rente nicht bekommt oder daß ihm eine vorhandene Rente entzogen oder wenigstens geschmälert wird. Aber, nach meiner Erfahrung wenigstens, sind im großen und ganzen die Vertrauensmänner ihrer Aufgabe bisher recht gut gerecht geworden und man kann ihnen nur dankbar sein für die Dienste, die sie der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft geleistet haben. Jrgend jemand anderes als solche Männer, die die Kenntnis der Persönlichkeit und auch der landwirtschaftlichen Verhältnisse haben, kann man zu dieser Aufgabe nicht heranziehen. Namentlich könnte ich es nicht billigen, wenn man, was wohl der Vorschlag des Herrn Abg. Morgenthaler ist, lediglich einen Berufsarzt damit betrauen würde, für größere Bezirke die sachverständige Kontrolle darüber zu handhaben, ob überhaupt die Erwerbsunfähigkeit und in welchem Grade sie noch vorhanden ist und welche Rente der Betreffende nach beanspruchen kann. Natürlich haben die Ärzte bei dieser Begutachtung mitzuwirken; aber eine rein ärztliche Aufgabe kann ich in dieser Beurteilung nicht sehen, es gehört dazu auch noch die Mitwirkung eines Mannes, der die Verhältnisse des landwirtschaftlichen Berufes, überhaupt die gesamten Lebensverhältnisse der Gemeinde kennt. Es wird der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft schon möglich sein, wie bisher für dieses Vertrauensamt Männer zu gewinnen, die ein objektives, der Sache entsprechendes Urteil abgeben, und die in billiger und gerechter Weise einerseits die Finanzlage der Berufsgenossenschaft, andererseits aber auch die Ansprüche der Beteiligten berücksichtigen.

Von großer Bedeutung für die ruhige und sichere Fortentwicklung gesunder Verhältnisse in der Landwirtschaft ist es ja sicherlich, daß neben der Selbsthilfe, wie sie Einzelne und die Genossenschaften leisten, auch noch Gemeinde, Kreis und Staat helfend, ergänzend und zwingend eintreten. Es ist übrigens nicht der Staat allein, an den man in erster Reihe solche Wünsche zu richten pflegt und dessen Tätigkeit auch hier besonders anerkannt worden ist, sondern es sind auch die kommunalen Verbände, die in unserem Lande Großes für die Entwicklung der Landwirtschaft wirken, vor allem die Gemeindeverbände, aber namentlich unsere Kreise. Wenn ich recht weiß, geben jetzt die Kreisverbände zusammen jährlich eine Summe von mehr als 200 000 M. für die Unterstützung der Landwirtschaft, vom Gedanken befeelt, daß es eine nützliche Aufgabe der Kreisorgane ist, besonders die einzelnen Zweige der Landwirtschaft zu unterstützen und zwar nicht bloß mit Geld, das die Kreise aufwenden; von großem Wert ist auch das andere, daß im Kreisverband eine Anzahl der Selbstverwaltung angehörende sachkundige Persönlichkeiten mit Rat und Tat die Landwirte unterstützen und beraten.

Entsprechend seiner Leistungsfähigkeit kommt es selbstverständlich noch in viel größerem Umfange dem Staat zu, sich die Unterstützung und Förderung der Landwirtschaft angelegen sein zu lassen. In dieser Beziehung sind im Laufe der seitherigen Verhandlungen eine ganze Reihe von Wünschen und Beschwerden geltend gemacht worden, die es der Regierung nahe legen, ihre nach dieser Richtung bereits vielseitig entwickelte Tätigkeit noch weiter zu entfalten. Ich will auf diese einzelnen Wünsche und Beschwerden hier nicht eingehen; sie gehen zum großen Teil so sehr in die technischen Einzelheiten, daß ich es den Herren, die mich in die Sitzung begleitet haben, überlassen muß, darauf die erforderliche Antwort zu geben. Nur Einiges will ich erwähnen.

Der Herr Abg. Morgenthaler hat insbesondere geltend gemacht: es komme im Laufe der Zeit immer mehr vor, daß in solchen Gemeinden, die seither den Rebbaubetrieben haben, nunmehr die dem Rebbaubetrieben gewidmeten Grundstücke zu andern Pflanzungen verwendet werden, und alsdann sei es notwendig, auf diesen Gebieten, eine neue Feldwegeseinteilung mit staatlicher Unterstützung herzustellen. Ich hoffe, daß dieser Fall in unserem Lande nicht in allzu großem Maße vorkommt; da und dort sind ja die Rebstücke zu Obststücken und dergl. umgewandelt worden; dies sind aber doch immer nur vereinzelte Vorkommnisse; daß eine ganze Rebmarkung einfach ihres Charakters als Weinbaugeländes entkleidet und in eine andere Form der Bewirtschaftung, sei es Ackerbau oder Obstbau, übergeführt worden ist, das ist meines Wissens bisher denn doch nur in sehr seltenen Fällen vorgekommen. Die Erfahrung habe ich aber schon gemacht, daß in manchen Rebgebieten die Feldbereinigung durchgeführt wird, und zwar auch in hügeligen Gebieten, weil eben dort, wie der Herr Abg. Morgenthaler bemerkt, die Anlage der Feldwege im Rebgebiet häufig sehr unvollkommen ist und weil zu einem, den jetzigen wirtschaftlichen und technischen Anforderungen entsprechenden Rebbaubessere Wege notwendig sind. In diesen Fällen hat der Staat immer sehr gern mit der Durchführung des Feldbereinigungsverfahrens eingegriffen, wobei es sich ja, nach der Natur dieser rebbaubetriebenden Gemeinden, nicht oder kaum um die Zusammenlegung von Grundstücken, sondern nur um die Herstellung von Feldwegen handelt. Dabei trägt der Staat durchschnittlich an sich schon etwa 10 % der Kosten, wenn man alles in allem rechnet; und das scheint mir eine durchaus ansehnliche staatliche Unterstützung für solche Feldweganlagen zu sein, die ja in erster Reihe den Beteiligten selbst außerordentlich nützlich sind. Ich glaube, auch in dem Falle, den der Herr Abg. Morgenthaler erwähnt hat, könnte der Staat nicht mehr tun, als daß er eben auch hier, wie für alle Feldweganlagen, die gewöhnliche Unterstützung zur Verfügung stellt.

Dann hat sich der Herr Abg. Morgenthaler darüber beschwert, daß bei den Manövern manchmal mit der Abklärung etwas zu langsam verfahren werde, indem zu wenig Kommissionen gebildet, und die Kommissionen noch zu lange in den Herbst hinein tätig seien. Diese Klage ist in diesem hohen Hause schon mehrfach ertönt, und die Regierung hat keineswegs ihr Ohr dieser Klage verschlossen. Wir haben uns hierwegen schon früher mit dem Generalkommando des 14. Armeekorps ins Benehmen gesetzt, und es ist auch Fürsorge dafür getroffen, daß überall da, wo es notwendig ist, die Zahl der Kommissionen vermehrt wird, und daß die Kommissionen ihr Geschäft tunlichst rasch zu Ende führen. Ueber ein gewisses Maß in der Zahl der Kommissionen kann man aber nicht hinausgehen; denn es muß auch eine gewisse Einheitlichkeit der Verfahrens vorhanden sein und namentlich muß man das Personal haben. Die Kommission ist ja aus verschiedenen Beamten, einerseits der Militärverwaltung, andererseits der Zivilverwaltung zusammengesetzt; und mehr Beamte, als vorhanden sind, kann man für einen solchen Fall auch nicht aus dem Boden stampfen. Nach den beim Ministerium eingekommenen Berichten ist man übrigens in unserem Lande im Großen und Ganzen mit der Vergütung der bei den Manövern entstehenden Flurschäden, sowohl was das Verfahren, als was die Höhe der Entschädigungen anbelangt, zufrieden.

Ferner hat der Herr Abg. von Menkingen eine moderne Einrichtung als etwas durchaus Verfehltes bezeichnet, eine Einrichtung, die, wie er selber anerkennt, mit Zustimmung des Landtags aufgrund eines Gesetzes geschaffen worden und für die auch wieder in diesem Budget eine

nicht unerhebliche Unterstützung (ich glaube 40 000 M.) vorgesehen ist; das sind die Kadaververnichtungsanstalten. Herr Abg. v. Menzingen würde übrigens besser getan haben, sie „Kadaververwertungsanstalten“ zu benennen (Sehr richtig!); denn vernichtet wird überhaupt nicht, sondern verwertet. Nach den Äußerungen des Herrn Abg. v. Menzingen war früher die Sache schön; da hat man die Kadaver der gefallenen Tiere, mochten sie auch von allen möglichen Seuchen gefallen sein, verlockt, wo es einem gefiel. Auf diese Weise sei der Kadaver, ohne daß die Landwirtschaft oder sonst Jemand einen Schaden gehabt und ohne daß es viel Kosten verursacht hat, aus der Welt geschafft worden; jetzt aber habe man die Sache wissenschaftlich eingerichtet und zwar so, daß auf den langen Wagen, die jetzt die Kadaver nehmen müßten, Gelegenheit gegeben sei, die Viehseuchen zu verbreiten. Es ist sehr zu bedauern, daß der Herr Abg. von Menzingen nicht bloß der Regierung, sondern auch dem Landtag, der doch dieses Gesetz mitgemacht hat, ein so geringes Maß von Ueberblick über die Verhältnisse und von Einsicht in das technisch Notwendige und Zweckmäßige zutraut (Seiterkeit und Sehr richtig!). Diese Kadaververwertungsanstalten sind keineswegs eine Erfindung, die wir in Baden gemacht haben, sondern sie haben sich schon vorher in einer ganzen Anzahl von anderen Staaten recht gut bewährt; wir haben sie, nachdem wir diese Einrichtungen auf ihre Zweckmäßigkeit durch unsere Beamten haben allseitig prüfen lassen, von dort übernommen, und die Einführung dieser Kadaververnichtungsanstalten war ein großer Segen, man kann wohl sagen, eine Notwendigkeit. Denn bei dem früheren System, wie die Kadaver nach der Schilderung des Herrn Abg. von Menzingen selber verlockt worden sind, sind recht eigentlich durch diese Manipulationen bei der Beseitigung der an Seuchen gefallenen Tiere die Seuchen verbreitet worden, namentlich der Milzbrand und der Rauschbrand; diese gefährlichen Seuchen haben eine beständige Quelle, aus denen sie immer wieder aufs neue in unsere Viehbestände hineingekommen sind, an den Orten gefunden, wo die Milz- und Rauschbrandkadaver verlockt worden sind. Gerade um eine Gewähr zu geben, daß die Kadaver nicht in dem Boden verlockt werden, der jedermann zugänglich ist und worin die Bakterien weiter nisten und sich weiter verbreiten können, sondern daß sie unter beständiger Aufsicht der Veterinärbeamten an einer bestimmten Stelle endgültig vernichtet werden, hat man die Kadaververnichtungsanstalten errichtet. Sie sind übrigens nicht durch bürokratischen Zwang überall im Lande errichtet worden, sondern nur da, wo die Beteiligten, namentlich die Gemeinden, es selbst für wünschenswert halten. Die Beteiligten selber können sich über die Einführung solcher Anstalten schlüssig machen; sie treten dann zu einem Verbände zusammen, um die Kadaververnichtungsanstalt selber zu verwalten. Es ist noch ein ganz besonderer Vorteil dabei vorhanden. Früher ist der Kadaver durch die Verlockung der Verwertung ganz entzogen gewesen, oder wenn die Haut oder einzelne andre Teile davon weggenommen und in den Verkehr gebracht wurden, so war keine Gewähr gegen die Verbreitung der Seuche gegeben. Jetzt geht der ganze Kadaver in die Anstalt hinein; er wird aber dort nicht ganz vernichtet, sondern alles, was vom Kadaver verwertbar ist, wie Knochen, Haut, Fett, wird verwertet. Deshalb ist die Sache auch jetzt bei zweckmäßiger Einrichtung rentabel, wie wir an den seither errichteten Anstalten sehen. Freilich hat der Herr Abg. von Menzinger gemeint, wenn man aus einer großen Gegend, 30 bis 40 Kilometer weit, die Kadaver der Tiere in die Anstalt schaffen muß, werde die Krankheit durch Ansteckung auf dem langen Wege verbreitet. Dafür ist aber gesorgt; so einsichtslos sind die badische Regierung und

ihre seuchenpolizeilichen Berater nicht, daß etwas derartiges übersehen würde; die Kadaververnichtungsanstalten haben überall Wagen angeschafft, die vollständig undurchlässig sind; diese machen die Tour im Bezirk und nehmen die Kadaver auf. Ich habe noch nicht gehört, daß irgendwo einmal durch Austropfen aus solchen Wagen eine Seuche verbreitet worden sei. Wenn das geschehen sein sollte, wenn der Herr Abg. v. Menzingen diese Beobachtung gemacht haben sollte, würde sofort eingeschritten werden.

Der Herr Abg. v. Menzingen hat dann in längeren recht interessanten Ausführungen die Milchfrage behandelt, namentlich die Frage, wie man dafür zu sorgen habe, daß gute, bakterienfreie und unverfälschte Milch der gesammten Bevölkerung, namentlich auch für die Ernährung der Kinder, dargeboten werde. Diese Frage hat die Groß-Regierung auch schon seit längerer Zeit beschäftigt, und es ist vor einigen Jahren schon, anfangs dieses Jahrhunderts, dem Landwirtschaftsrat Gelegenheit gegeben worden, sich darüber zu äußern. Vor etwa drei oder vier Jahren ist alsdann auf den Grundlagen dieser Erörterungen eine Verordnung des Ministeriums veröffentlicht worden, wonach alle die Vorsichtsmaßregeln geordnet worden sind, die einerseits zur Verhütung einer gesundheitsschädlichen Aenderung der Milch, andererseits zur Verhütung von Milchverfälschungen notwendig sind, und es ist auch das Polizeipersonal in dieser Beziehung mit Weisung versehen worden. Auch ist den Bezirken und Gemeinden die Möglichkeit eröffnet worden, diese Verordnung der Regierung nach Maßgabe des bestehenden Bedürfnisses noch weiter zu ergänzen, von welcher Bedeutung auch die Selbstverwaltungskörper in vielen Teilen des Landes Gebrauch gemacht haben. Ich muß zugeben, es ist auch in dieser Beziehung gewiß noch manches zu bessern, und es handelt sich um eine Frage, die für die Volksernährung und namentlich für die Herabdrückung der in unserem Lande immer noch sehr großen Kindersterblichkeit von der allergrößten Bedeutung ist. Ich bin sehr gerne bereit, sofern mir Winke hinsichtlich weiterer Vervollkommnung unserer Bestimmungen oder der zu ihrer Durchführung organisierten Aufsicht gegeben werden, die Sache bei der Regierung in nähere Erwägung zu ziehen.

Auch die Weinfrage ist im Laufe dieser Verhandlungen mehrfach zum Gegenstand der Erörterung gemacht worden. Ich will aber zunächst auf eine Antwort in dieser Beziehung noch verzichten. Ich nehme an, daß der Herr Abg. Schüler, der ja gerade in der Weinfrage ein Hauptfachverständiger ist und sich zum Wort gemeldet hat, noch längere Ausführungen darüber machen wird, die vielleicht Anlaß geben müssen, darauf zurückzukommen.

Von ganz besonderer Bedeutung für die Weiterentwicklung der Landwirtschaft ist unzweifelhaft, wie ebenfalls gestern und heute hervorgehoben wurde, der Unterricht in den landwirtschaftlichen und in den naturwissenschaftlichen Fächern. In dieser Beziehung sind wir in unserem Lande, was die unteren Unterrichtsanstalten anbetrifft, wie ja mehrfach betont wurde, keineswegs zurück. Es haben sich bei uns die seit den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts errichteten landwirtschaftlichen Winterschulen sehr gut entwickelt, die unseren Bauernsöhnen während 3—4 Wintermonaten über die technischen und wirtschaftlichen Fächer der Landwirtschaft unter Berücksichtigung der praktischen Verhältnisse und unter Berücksichtigung namentlich der Zustände in ihren Bezirken Aufklärung geben sollen. Die Frequenz dieser landwirtschaftlichen Schulen hat von Jahr zu Jahr zugenommen, und sie sind auch insofern weiter ausgestaltet worden, als die meisten derselben neben dem ersten Kurs

noch einen zweiten haben, in dem diejenigen, die in einem Jahr die Anstalt besuchten, nimmehr in einem zweiten Jahre ihre Kenntnisse vervollständigen können.

Der Herr Abg. Müller hat nun in einer Beziehung gegen einen Erlaß, den die Regierung im vorigen Jahre über den Unterrichtsbetrieb in den Winterschulen hinausgegeben hat, eine Beanstandung geltend gemacht. Dieser Erlaß hat namentlich hervorgehoben, der Vorstand der Winterschule, der eigentliche Landwirtschaftslehrer, solle den Unterricht so einrichten, daß er im wesentlichen ein praktischer ist, er solle längere theoretische und wissenschaftliche Ausführungen unterlassen und den Unterricht erteilen, mit besonderer Rücksicht auf die praktischen Verhältnisse des Bezirks, in welchem der Lehrer auch sonst zu wirken hat und aus welchem sein Schülermaterial hervorgeht. Dabei hat der Erlaß bemerkt, daß diese Aufgabe in der Regel nur von dem Landwirtschaftslehrer allseitig erfüllt werden könne, der auch als Wanderlehrer in dem Bezirke schon längere Zeit tätig war und der die Bedürfnisse des Bezirks in jeder Hinsicht kennt. Und daran anschließend wurde beigelegt, es sei nicht am Platze, wenn ein junger Landwirtschaftslehrer, der als zweiter Lehrer angestellt ist und dem diese Kenntnis des Bezirks und die praktischen Erfahrungen in der Landwirtschaft überhaupt noch nicht zukommen, anstelle des ersten Vorstandes und Leiters der landwirtschaftlichen Winterschule mit dem Unterricht in den praktischen Fächern der Landwirtschaft und auch mit dem naturwissenschaftlichen Unterricht betraut werde. Ich habe mich gefreut, daß im großen und ganzen dieser aus durchaus praktischen Gesichtspunkten und aus langjährigen Erfahrungen hervorgegangene Erlaß des Ministeriums allseitige Billigung gefunden hat. Von den Kreisverbänden, die ja die eigentlichen Unternehmer der landwirtschaftlichen Winterschulen sind, ist nichts beim Ministerium eingekommen, was als eine Beanstandung dieses Erlasses betrachtet werden kann, und auch in diesem hohen Hause ist mit Ausnahme des Herrn Abg. Müller niemand aufgetreten, der diesen Erlaß als einen ungeeigneten, den Verhältnissen nicht entsprechenden bezeichnet hätte; namentlich hat auch der Herr Berichterstatter diesen Erlaß als durchaus angemessen anerkannt. Es ist nun, wie ich zugeben muß, ein kleines Mißverständnis durch diesen Erlaß hervorgerufen worden, das vielleicht dem Herrn Abg. Müller zu seinen etwas zu weit gehenden Beanstandungen Veranlassung gegeben hat. Es konnte nämlich vielleicht die Anschauung aus diesem Erlaß gefolgert werden, als ob grundsätzlich niemals an einer landwirtschaftlichen Winterschule ein zweiter Landwirtschaftslehrer angestellt werden dürfe. Das ist aber nicht der Fall. Es soll nur, wenn ein zweiter Landwirtschaftslehrer angestellt wird, dieser zweite Landwirtschaftslehrer nicht für den Unterricht in den praktischen landwirtschaftlichen und in naturwissenschaftlichen Fächern im wesentlichen an die Stelle des ersten Landwirtschaftslehrers gesetzt werden. Ein besonderes Bedürfnis nach der Anstellung von zweiten Landwirtschaftslehrern besteht aber nach unserer Erfahrungen für die Winterschulen in unserem Lande nicht. Es sind nur sehr wenige Schulen, die bisher noch einen zweiten Lehrer angestellt haben, und manche, die ihn angestellt hatten, haben sich überzeugt, daß sie ihn jedenfalls nicht das ganze Jahr hindurch nötig haben, weil er die Wanderlehrertätigkeit nicht in gleichem Maße ausüben kann, die die Lehrer der Winterschulen etwa zwei Drittel des Jahres hindurch in Anspruch nimmt. Daß grundsätzlich niemals zweite Lehrer an den Winterschulen angestellt werden sollen, ist übrigens nicht die Ansicht der Groß-Regierung; es ist sogar wünschenswert, wenn der eine oder andere junge Landwirtschaftslehrer neben einem älteren Lehrer wenigstens für

einige Zeit in einer landwirtschaftlichen Winterschule wirkt. Denn nur in dieser Weise wird der Nachwuchs, dessen wir übrigens nur in verhältnismäßig geringem Maße für die 14 Winterschulen bedürfen, herangebildet werden können.

Der Herr Abg. Müller hat auch hervorgehoben, daß die Landwirtschaftsschulen noch einer Vermehrung bedürfen. Es müßten weiter errichtet werden eine Landwirtschaftsschule in Rastatt, eine zweite in Sinsheim, und eine dritte im Kreis Freiburg. Auch in dieser Beziehung steht die Regierung demjenigen, was der Herr Abg. Müller wünscht, nicht grundsätzlich entgegen. Schon seither wurde dafür gesorgt, daß entsprechend den Bedürfnissen die Zahl der landwirtschaftlichen Winterschulen immer wieder von Zeit zu Zeit vermehrt worden ist, und es wird auch in Zukunft, aber immer nur entsprechend den Bedürfnissen und unter Berücksichtigung der Finanzlage, dafür gesorgt werden. Ob es aber schon möglich ist, noch während dieser Budgetperiode die Zahl der Winterschulen zu vermehren, darüber kann ich mich in diesem Augenblicke nicht aussprechen; es bedürfte dazu eines Nachtrags im Budget. Es käme hier die landwirtschaftliche Winterschule in Rastatt, für die ja bereits der Kreis und die Gemeinde die Mittel dargeboten hat, in Frage. Ich werde im Benehmen mit dem Finanzministerium diese Frage prüfen und dabei so wohlwollend als möglich verfahren.

Von dem Herrn Abg. Müller und auch von anderer Seite ist auch der Landwirtschaftsschule in Hochburg gedacht worden. Ich war sehr erfreut, von dem Herrn Berichterstatter zu hören, daß er damit einverstanden ist, wenn trotz mancher Bedenken der seitherige Zustand auf der Landwirtschaftsschule in Hochburg, wonach der Rächter auch gleichzeitig Schulvorstand ist, auch in Zukunft aufrecht erhalten werde unter der Voraussetzung, daß man einen tüchtigen Landwirt findet, der diese Stellen in seiner Person vereinigen kann. Jede andere Regelung würde in diesem Augenblicke, wo die Finanzlage das Aufbringen von 150 000 Mark zum Zwecke des Uebergangs in den Regiebetrieb sehr schwer macht, nicht annehmbar sein. Der Herr Abg. Müller denkt freilich dieser Landwirtschaftsschule Hochburg viel größere Aufgaben zu, die sie bei der jetzigen Organisation nicht erfüllen kann. Zur Zeit ist die Landwirtschaftsschule auf der Hochburg nach ihrem Lehrplan im wesentlichen nichts anderes als eine bauerliche Landwirtschaftsschule. Sie unterscheidet sich von den Winterschulen nur dadurch, daß sie das ganze Jahr hindurch ihren Unterricht fortsetzt, daß mit ihr ein Internat verbunden ist, wie es übrigens einzelne Winterschulen auch haben, und daß endlich die Schüler auch in dem praktischen landwirtschaftlichen Betrieb durch Mitarbeit herangebildet werden. Was der Herr Abg. Müller will, ist eine ganz andere Organisation, wir sollen aus der Landwirtschaftsschule auf der Hochburg eine landwirtschaftliche Mittelschule machen, wobei dann diejenigen, die sie absolviert haben, womöglich auch noch das Zeugnis für den Einjährig-Freiwilligen Dienst erhalten würden. Dafür kann ich mich in keiner Weise aussprechen. Die Ackerbauschule auf der Hochburg hat schon sehr viele Entwicklungsstadien durchgemacht, es gab ein Entwicklungsstadium, wo sie sich auf dem Gipfelpunkt, den der Herr Abg. Müller anstrebt, nämlich in dem Zustand einer landwirtschaftlichen Mittelschule befunden hat, oder wenigstens glaubte, sich in diesem Zustand zu befinden. Nach dem, was ich von der Entwicklung der landwirtschaftlichen Ackerbauschule in Hochburg und von ihrer Tätigkeit als Mittelschule weiß, kann ich nicht zugeben, daß in unserem Lande ein Bedürfnis nach einer solchen Mittelschule besteht. Auch im Landwirtschaftsrat

ist im Vorjahre die Organisationsfrage sehr eingehend erörtert worden, und es hat sich niemand dafür ausgesprochen, diese Schule zu einer Mittelschule emporzuheben. Das würde auch ungemein viel Geld kosten, wir müßten eine ganze Anzahl von neuen Lehrern dort anstellen; es würden aber auch die Gebäude und Einrichtungen der Schule auf der Hochburg dazu nicht ausreichen.

Unsere Klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaftler haben überhaupt kein Bedürfnis darnach, ihre Söhne auf einer Mittelschule landwirtschaftlich auszubilden zu lassen und ihnen sozusagen eine halbe landwirtschaftliche Hochschulausbildung zu geben, und namentlich nicht zu dem Zwecke, damit sie hernach auch noch gleichzeitig Einjährig-Freiwillige werden können. Denn das sind bedenkliche Spezialschulen, die gleichzeitig für zwei solche Zwecke errichtet werden. Wenn man eine Mittelschule machen wollte, so könnte sie überhaupt garnicht auf der Hochburg sein, sondern schon wegen der zu gewinnenden Lehrkräfte müßten wir sie in eine Stadt bringen.

Dann hat der Herr Abg. Neuwirth auch noch eine weitere Anregung hinsichtlich der Ausbildung unseres landwirtschaftlichen Unterrichtswesens dahin gegeben, daß er meint, man solle sich nicht damit begnügen, für ein größeres Gebiet je eine landwirtschaftliche Winterschule zu schaffen, die von auswärts besucht werden muß, sondern man sollte dahin arbeiten, daß möglichst, wenn ich ihn recht verstanden habe, in jeder im wesentlichen noch landwirtschaftlichen Gemeinde sich auch eine landwirtschaftliche Fachschule befindet. Er meint wahrscheinlich damit das Institut der landwirtschaftlichen Fortbildungsschule, ähnlich wie wir es für das Gewerbe in der Einrichtung der gewerblichen Fortbildungsschule haben. Diese Frage ist ja auch im Schoße des Ministeriums schon mehrfach erörtert worden, und sie wird vielleicht auch unsere landwirtschaftliche Vertretung in Zukunft noch manchmal beschäftigen. Es wäre ja recht wünschenswert, wenn sich an die Volksschule in den landwirtschaftlichen Gemeinden überall ein ein- oder ein zweijähriger Unterrichtskurs anschließen würde, in welchem in den verschiedenen Zweigen der Landwirtschaft praktischer Unterricht gegeben wird. Aber es ist das außerordentlich schwierig zu machen, namentlich deshalb, weil uns die Lehrkräfte dazu fehlen. Besondere Lehrkräfte kann man dafür nicht anstellen, und es wird kaum möglich sein etwa  $\frac{1}{4}$  unserer Volksschullehrer nunmehr auch noch zu Männern heranzubilden, die einen wirklich fachverständigen und praktisch nützlichen Unterricht auf diesen verschiedenen Gebieten der Landwirtschaft geben können. Schon bei der gewerblichen Fortbildungsschule haben wir mancherlei Schwierigkeiten gehabt. Aber die Schwierigkeiten bei der Einführung einer landwirtschaftlichen Fortbildungsschule würden noch viel größer sein, auch schon andere Staaten haben es versucht; aber daß es gelungen ist, das habe ich noch nirgends gelesen. Was wir tun können, das ist zunächst nur das, was bereits angefangen ist, daß man den bereits vorhandenen Fortbildungsunterricht in allen im wesentlichen landwirtschaftlichen Gemeinden noch etwas mehr nach der Richtung einer Fortbildung auch in der Landwirtschaft weiter entwickelt. Auch unser Lesebuch für die Fortbildungsschulen kann in dieser Richtung, obgleich es jetzt schon mancherlei recht nützliches und Populäres über den Landwirtschaftsbetrieb bringt, vielleicht weiter fortgebildet werden.

Zum Schlusse kann ich dem Herrn Berichterstatter dasjenige, was er über das Budget der Landwirtschaft sowohl in seinem gedruckten Bericht, als namentlich in seinen dazugegebenen fachverständigen und in einzelnen Punkten näher eindringenden Ausführungen sagt, meinen Dank sagen. Ich habe fast gegen

nichts, was er gesagt hat, Widerspruch zu erheben. Nur in einer Beziehung erlaube ich mir einen Widerspruch. Er hat nämlich gesagt, es müßte hier deshalb so viel über die Angelegenheiten der Landwirtschaft gesprochen werden, weil es der Landwirtschaft an einem berufskörperlichen Organ fehle, in welchem die Vertreter der Landwirtschaft Gelegenheit hätten, sich sozusagen vor ihren Angehörigen und vor dem ganzen Volke über die Wünsche und die Beschwerden der Landwirtschaft auszusprechen. Solche berufsgenossenschaftliche Körperschaften seien vorhanden für Handel, für Gewerbe, für Handwerk, aber nicht für die Landwirtschaft. Es hat mich das einigermaßen bei dem Herrn Berichterstatter verwundert; denn der Herr Berichterstatter gehört ja schon seit langen Jahren demjenigen Organe an, das als Vertretungsorgan unserer Landwirtschaft zu wirken bestimmt ist, und das auch schon jetzt seit mehr als zwölf Jahren eine, wie jeder anerkennen wird, der die Verhandlungen einmal durchblättert, durchaus nützliche und erfolgreiche Tätigkeit entfaltet hat. Das ist der badische Landwirtschaftsrat. Er hält seine Sitzungen öffentlich; was in diesen gesprochen wird, erfährt das Land sowohl durch die Presse, als auch durch die Veröffentlichung seiner Verhandlungen. In dieser Beziehung ist also die Landwirtschaft bisher nicht schlechter daran gewesen, als die anderen Berufsstände. Die Großregierung anerkennt ja, daß die Organisation dieses Vertretungsorgans der Landwirtschaft verbesserungsbedürftig ist. Obgleich schon seither, man kann sagen, alle Zweige der Landwirtschaft und ich meine auch alle agrarpolitischen Richtungen unseres Landes darin vertreten waren, so kann doch diese Vertretung noch mehr vervollständigt und auf einen breiteren Boden gestellt werden. Um dieses herbeizuführen, um aus dem Landwirtschaftsrat, der seither schon eine Vertretung der Landwirtschaft war, eine noch vollkommener Vertretung derselben herzustellen, dazu dient der Gesetzentwurf über die Landwirtschaftskammer, den die Regierung diesem Landtag vor einiger Zeit vorgelegt hat und von dem ich hoffe, daß auch dieses Haus ihm im wesentlichen seine Zustimmung geben werde.

Geh. Oberregierungsrat Rebe: Ich gestatte mir, über einige Anträge und Wünsche, die im Laufe der gestrigen und heutigen Sitzung vorgebracht wurden, kurz Auskunft zu erteilen.

Der Herr Abg. Schüler hat den Wunsch nach Fertigstellung des Neubaus der Versuchsanstalt Augustenberg auf Herbst dieses Jahre ausgesprochen. Das Ministerium rechnet ebenfalls bestimmt mit diesem Termin, und es wird alles daran setzen, daß die Eröffnung zu diesem Zeitpunkt auch geschehen kann. Nach Fertigstellung der Anstalt wird sich auch beurteilen lassen, ob eine Vermehrung des Personals etwa einzutreten haben wird. — Die Frage der Einrichtung der Elektrizität in der Anstalt wird noch einer näheren Prüfung unterzogen werden.

Der Herr Abg. Schüler hat sodann die Frage der Anstellung eines zweiten Zuchtinspektors für Oberbaden angeregt. Es handelt sich hier ja um eine Tätigkeit, die für einen Beamten etwas zu umfangreich ist, und es kann ja erwogen werden, ob vielleicht mit der Zeit noch ein zweiter Beamter für diesen Zweck anzustellen ist. Es ist aber zu bemerken, daß von seiten des zunächst in Betracht kommenden Präsidiums des Verbandes Oberbadischer Zuchtgenossenschaften eine diesbezügliche Anregung bei der Regierung noch nicht eingekommen ist.

Gegen den Verkauf der besten Zuchttiere aus Oberbaden, den der Herr Berichterstatter bedauert hat und der auch von seiten der Regierung im Interesse

der Jucht sehr beklagt wird, kämpfen wir stets an, und zwar durch Belehrung und durch das Verlangen von Reversen bei den Tierprämierungen. Uebrigens wird auch jetzt bei den Zuchtgenossenschaften selbst nach Mitteln und Wegen gesucht, um gegen diesen Mißstand anzukämpfen.

Der Herr Berichterstatter hat dann auch wieder den angeblichen Impfwang für Farren zur Sprache gebracht. Es kann in dieser Hinsicht nur wiederholt werden, daß ein Impfwang nicht besteht, sondern daß nur den Gemeinden, und zwar durch die Vollzugsverordnung zum Farrenhaltungsgezet, das Impfen der Tiere empfohlen ist. Die Grohh. Bezirkstierärzte haben keine Weisung, Farren nicht anzuführen, die bei der Impfung reagieren. Die Gemeinden selbst aber wollen Tiere, welche bei der Impfung reagieren, nicht mehr einstellen, und ich glaube, daß das auch im wohlverstandenen Interesse der Gemeinden liegt.

Der Herr Abg. Schüler hat dann weiterhin noch den Wunsch nach Vermehrung der Unterrichtskurse in der Maschinenkunde ausgesprochen. Ich kann in dieser Beziehung mitteilen, daß jetzt auch Unterrichtskurse im Unterlande eingerichtet worden sind, und daß dieselben bei Gebrüder Votich in Kuppenau stattfinden.

Der Herr Abg. Müller hat die Bekämpfung der Brutpest der Bienen wieder zur Sprache gebracht. Es ist in dieser Hinsicht schon früher mitgeteilt worden, daß sich die landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg mit dieser Frage eingehend beschäftigt und das Ergebnis ihrer Untersuchungen im „Landwirtschaftlichen Wochenblatt“ veröffentlicht hat. Eine gesetzliche Grundlage für eine seuchenpolizeiliche Bekämpfung der Brutpest besteht nicht, und eine solche für Baden allein zu schaffen, würde sich nicht lohnen, da eine derartige partielle Bekämpfung keinen Erfolg haben würde. Die Sache befindet sich aber in Behandlung beim Reich. Es ist uns nicht bekannt, in welchem Stadium; doch sind wir gerne bereit, einmal wieder beim Reich anzufragen. Es möge noch bemerkt werden, daß der Landesbienenzuchtverein jährlich 1200 Mark zur Bekämpfung der Bienenbrutpest aus der Staatskasse erhält.

Der Herr Abg. Müller hat dann noch das Projekt der Errichtung einer Geflügelzuchtanstalt auf der Hochburg zur Sprache gebracht, und er hat diesen Standort für diese Anstalt bemängelt und geglaubt, daß man sie besser wo anders, womöglich auf Augustenberg einrichten würde. Nun hat die Regierung dieses letztere Projekt auch schon erwogen, es hat sich aber nicht als durchführbar erwiesen, weil auf Augustenberg das gesamte Gelände für den Gutsbetrieb benötigt wird. Uebrigens sind auch schon im Schoße der Regierung Zweifel darüber aufgetaucht, ob die Hochburg der richtige Standort für diese Anstalt sein wird, hauptsächlich wegen des Klimas. Ueber die Klagefrage ist sonach eine definitive Entscheidung noch nicht getroffen.

Der Herr Abg. Müller hat dann noch gewünscht, daß künftighin Aenderungen in den Bestimmungen über die Prämierung von Pferden bekannt gemacht werden. Nun, das ist eigentlich selbstverständlich; das ist immer geschehen, und es ist dem Ministerium kein Fall bekannt, in welchem es nicht geschehen sein sollte.

Der Herr Abg. Weißhaupt hat unsere Tierzucht einer eingehenden Erörterung unterzogen und sich insbesondere für eine vermehrte Benützung der Weiden ausgesprochen. Eine bessere Beschickung der Weiden wird auch von der Regierung beständig angestrebt, und es kann auch eine Vermehrung der hierfür ausgelegten Staatsgelder in Frage kommen; ob allerdings auf Kosten der bisher für die Viehprämierung vorgesehenen Mittel, wie

der Herr Abgeordnete meint, das würde noch einer näheren Erwägung bedürfen.

Daß die Stammmuchtstationen nichts Vollkommenes leisten, das hat die Regierung immer rückhaltlos anerkannt. Es handelt sich ja aber hierbei, das muß immer betont werden, um einen Versuch, der ausgegeben werden kann, wenn es sich zeigt, daß sich die Maßnahme nicht bewährt. Uebrigens so ganz ohne Erfolg sind diese Stammmuchtstationen denn doch nicht gewesen, und zwar hat sich insbesondere die Station für das Vorderwäldervieh in Rudenberg als recht nutzbringend erwiesen, und es dürften auch die Fortschritte der Tierzucht in den Bezirken Billingen und Pfullendorf mit auf Rechnung der dajelbst eingerichteten Station zu setzen sein. Wir sehen auch, daß die Gemeinden seither von der Gelegenheit, sich gute Zuchtstiere von den Stammmuchtstationen zu verschaffen, reichlichen Gebrauch gemacht haben. Da genügende Erfahrungen über diese Stammmuchtstationen noch nicht vorliegen, ist es zunächst nicht angängig, die Errichtung von weiteren Anstalten ins Auge zu fassen, also auch nicht für das badische Unterland. Soweit im Unterlande ein Bedürfnis nach gutem Zuchtmaterial besteht, haben wir demselben durch Erleichterung der Einfuhr aus Ober- und Mittelbaden, und zwar durch Ermäßigung der Frachtkosten und andere Begünstigungen Rechnung getragen.

Der Herr Abg. Morgenthaler hat Auskunft gewünscht über die Frage der Entschädigung für tuberkulose kranke Tiere. Auch diese Frage wird beim Reich erwogen, und es ist etwa vor einem Vierteljahr von dem Herrn Staatssekretär Grafen Posadowsky im Reichstag die Erklärung abgegeben worden, daß ein diesbezüglicher Entwurf ausgearbeitet sei und voraussichtlich noch in diesem Jahre dem Reichstag vorgelegt werde.

Der Herr Abg. Morgenthaler hat dann ferner gewünscht, es möge für die zu verlochenden Tiere Ersatz aus der Staatskasse geleistet und die Kosten auf sämtliche Tierbesitzer ungelegt werden. Nach Ansicht der Regierung sollte dahin gestrebt werden, daß das Netz der Ortsviehversicherungsanstalten ausgedehnt wird. Hierdurch würde leichter und mit geringeren Kosten für die Beteiligten dasjenige erreicht werden, was Herr Morgenthaler wünscht. Was er übrigens anstrebt, würde auf eine Zwangsversicherung herauskommen, und eine solche wird nicht allseitig begehrt.

Der Herr Abg. Morgenthaler hat dann noch angefragt, ob ein Erlaß bestehe, welcher die Bezirkstierärzte verpflichtet, beim Einkauf von Farren mitzuwirken. Ich kann darauf erwidern, daß eine derartige Anordnung nicht ergangen ist, und daß es sich in dem von Herrn Morgenthaler erwähnten Falle einfach um eine Mitwirkung des Bezirkstierarztes auf Aufforderung der Gemeinde, und zwar lediglich als Ratgeber gehandelt haben dürfte.

Hinsichtlich der Maßregeln gegen Verfälschung von Kirchwasser muß auf die früher abgegebenen Erklärungen verwiesen werden. Es ist dies eine Frage, welche in das Gebiet des Nahrungsmittelgesetzes gehört; etwas neues ist in dieser Hinsicht nicht angeordnet worden. Soweit der Weinkontrollleur verdächtige Fälle entdeckt, pflegt er der Polizei Anzeige zu erstatten. Streng genommen, gehört das nicht zur Aufgabe des Weinkontrollleurs.

Der Herr Abg. Brodmann hat einige Wünsche in bezug auf die Pferdezucht geäußert. Die Zustimmung des Hohen Hauses vorausgesetzt, soll aber die Auskunft hierüber bis zur Spezialberatung verschoben werden, weil vorauszu sehen ist, daß in dieser Hinsicht noch andere Wünsche geäußert werden.

Der Herr Abg. Brodmann hat dann auch noch den Wunsch auf Einführung von Schweineweiden ausgesprochen. Dieser Wunsch muß als berechtigt anerkannt werden. Es ist auch schon seither staatlicherseits die Anregung hierzu gegeben worden; die Ausführung muß aber Sache der Gemeinden bleiben.

Der Herr Abg. Brodmann hat ferner noch in Vorschlag gebracht, es möchte die staatliche Kindviehprämierung durch die Prämierung von Privatfarren eine Erweiterung erfahren. Durch eine derartige Ausdehnung der Prämierung würden aber die Kosten der Prämierung, die ohnehin schon sehr große sind, noch erheblich vermehrt werden. Der Herr Abgeordnete hat zwar gemeint, man könne die Mittel hierfür durch Ermäßigung der seitherigen Prämienlässe aufbringen. Gegen eine derartige Maßnahme hat sich aber sowohl der Landwirtschaftsrat, als das Hohe Haus schon wiederholt ausgesprochen, so daß die Regierung Anstand nimmt, eine derartige Maßregel vorzuschlagen.

Endlich hat der Herr Abg. Neuwirth beklagt, daß man keine besonderen Mittel für die Hebung des Gartenbaues im Budget vorgesehen habe, während dies früher geschehen sei. Demgegenüber muß betont werden, daß Mittel für Hebung des Gartenbaues im Budget niemals vorgesehen waren. Die Gartenbauvereine genießen übrigens ausgiebige staatliche Unterstützung; sie haben in den Jahren 1897 bis 1904 aus der Staatskasse Beträge von zusammen über 10 000 Mark, und insbesondere auch im Laufe dieses Jahres wiederum eine Beihilfe erhalten. Hierin liegt doch gewiß eine merkbare staatliche Anerkennung und Förderung der nützlichen Bestrebungen dieser Vereine.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird hierauf abgebrochen.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort

Abg. Müller (natl.): Der Herr Regierungsvertreter hat soeben erwähnt, daß es selbstverständlich sei, daß, wenn Änderungen in der Prämierungsordnung getroffen werden, diese vorher bekannt gegeben werden. Soviel mir bekannt ist, ist es bei uns im vorigen Jahre nicht geschehen. Es wurden zum ersten Male auf der Prämie-

rungsplatte Weinheim Stuten zurückgewiesen, für die die Eigentümer nicht in der Lage waren, den Nachweis zu erbringen, von was für Hengsten sie abstammen. Ich kann mich nicht erinnern, daß es im Amtsverköndiger gestanden hat, es wäre doch merkwürdig; es waren eine ganze Reihe von Stuten da, die abgewiesen werden mußten (Zuruf vom Regierungstisch: Sie haben es nicht gelesen!). Dann bin ich also nicht recht unterrichtet.

Präsident Dr. Wilkens: Das eben Gehörte hatte nur in geringem Maße den Charakter einer persönlichen Bemerkung (Große Heiterkeit). Aber es ist dadurch vielleicht wenigstens die Meldung zu einer weiteren Rede überflüssig geworden.

Schluß der Sitzung 1/2 Uhr.

\* Karlsruhe, 25. April. 62. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag, den 26. April 1906, vormittags 9 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Groß- Ministeriums des Innern für die Jahre 1906 und 1907, Ausgabe-Titel XVI und Einnahme-Titel VII (für Förderung der Landwirtschaft) — Drucksache Nr. 11 c —, und (zu § 24 der Ausgabe, Ordentlicher Etat) über die Bitte der Pferdezüchterschaft Seckenheim um staatliche Unterstützung. Berichterstatter: Abg. Schüler. (Fortsetzung.)

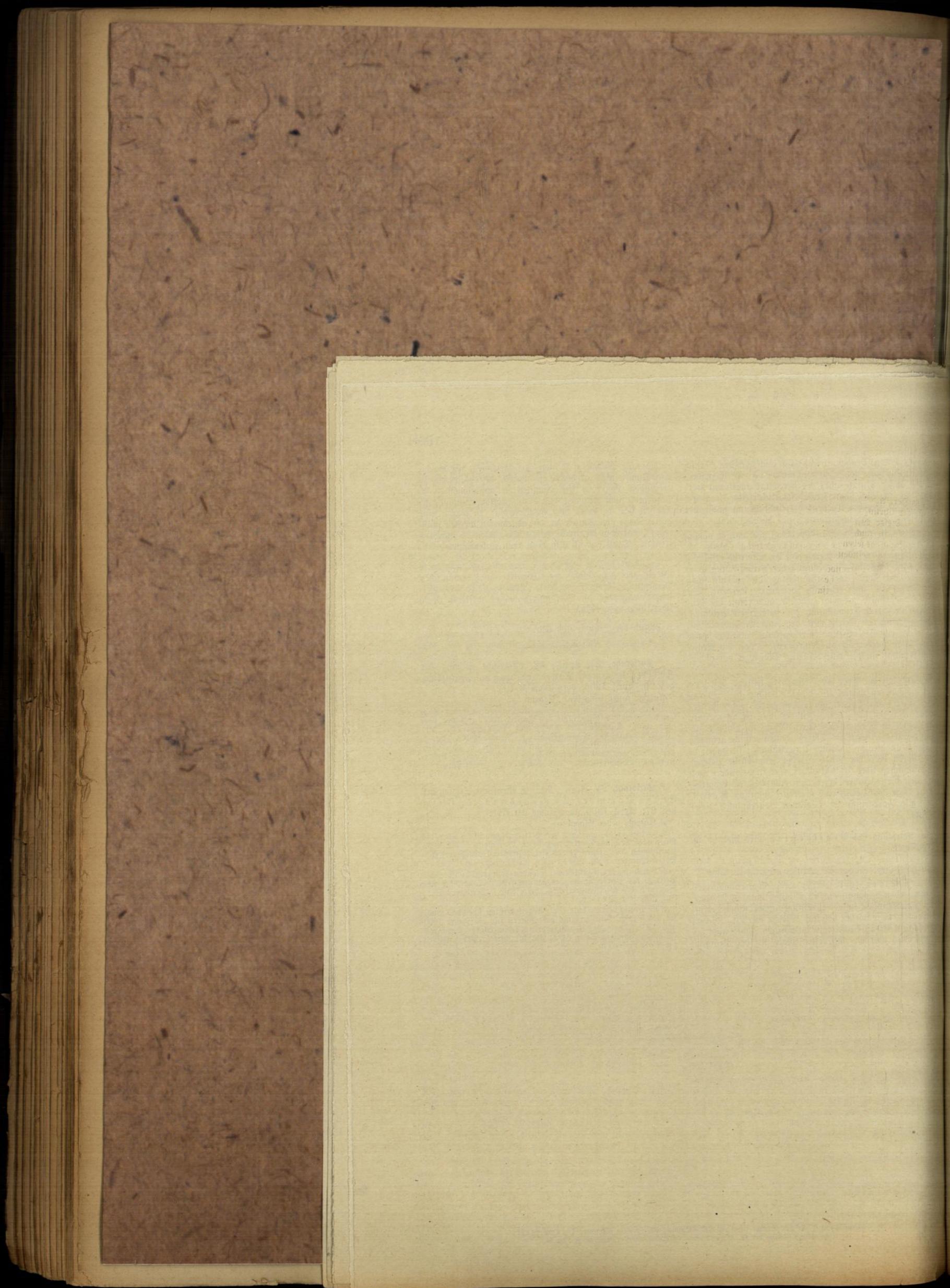
\* Karlsruhe, 25. April. Neunte öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Freitag, den 27. April 1906, vormittags 10 Uhr:

1. Anzeige neuer Eingaben.

2. Beratung des Berichts der Petitionskommission über die Bitte des Vereins staatlich geprüfter Werkmeister, die Verstaatlichung der Stellen der Bezirksbaukontrolleure betreffend. Berichterstatter: Fehr. Müdt von Collenberg.

3. Beratung des Berichts der gleichen Kommission über die Petition des Brauerbundes der badischen Kleinbrauer, die Abänderung des Biersteuergesetzes betreffend. Berichterstatter: Fabrikdirektor Dewig.

4. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Groß- Ministeriums des Innern für die Jahre 1906 und 1907, Titel XII B, Außerordentlicher Etat, Ausgaben (Staatsvoranschlag Seite 64). Berichterstatter: Prinz Alfred zu Löwenstein.



d  
t  
e  
f  
d  
a  
d  
a  
d  
f  
u  
f  
f  
S  
D  
h  
je  
h  
de  
M  
de  
R  
de  
de  
bi  
jd  
w  
F  
h  
  
U  
E  
ro  
ni  
be  
D  
tr  
wi  
h  
zu  
N  
mi  
ge  
W  
vo  
die  
lin  
fü  
fu  
B  
dre  
De  
au  
  
fiel  
Er  
un  
jed  
fie  
zie  
Se  
der  
erf  
nei  
nif  
bor  
liet  
W  
es  
Du  
feit  
gef